



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 159 Juni/3 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Deutsche Sozialdemokraten besinnen sich

Peter Hänseler, Do 12. Jun 2025

**Wolfgang Bittner macht sich Gedanken zum Manifest für Frieden und Abrüstung,
das vor ein paar Tagen beim Erhard-Eppler-Kreis publiziert wurde.**

Wolfgang Bittner/Quelle: Erhard-Eppler-Kreis

Wenn ich heute meinungsführende Politiker und Journalisten höre und sehe oder ihre Verlautbarungen lese, sträuben sich mir die Haare. Ich kann das kaum noch ertragen, einige dieser Leute halte ich für Hochverräter, die vor Gericht gehören. Sie fordern, Deutschland müsse aufrüsten und wieder «kriegstüchtig» werden. Sie hetzen bei jeder Gelegenheit gegen Russland, auch gegen andere Staaten und gegen Kritiker ihrer Kriegspolitik. Waren zwei Weltkriege, die zur völligen Zerstörung Deutschlands geführt haben und bis in die Gegenwart nachwirken, noch nicht genug?

Hoffnung gibt ein soeben veröffentlichtes Manifest prominenter Sozialdemokraten, die gegen die Aussen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung protestieren,[1] auch wenn man nicht mit allem, was sie schreiben, einverstanden sein muss. Immerhin: Der ehemalige Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, Aussenpolitiker Ralf Stegner, Ex-Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans, der frühere Finanzminister Hans Eichel und viele andere fordern eine sofortige Kehrtwende im Umgang mit Russland und in Fragen der Aufrüstung.

Sie wenden sich unter anderem gegen die hohen Aufrüstungskosten und die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland.

In dem Manifest heisst es unter anderem: «80 Jahre nach Ende der Jahrhundertkatastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Hitler-Faschismus ist der Frieden auch in Europa wieder bedroht... Von einer Rückkehr zu einer stabilen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa sind wir weit entfernt. Im Gegenteil: In Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchen.»

Aber «militärische Alarmrhetorik und riesige Aufrüstungsprogramme» schafften nicht mehr Sicherheit für Deutschland und Europa, so die Verfasser des Manifests, sondern führten «zur Destabilisierung und zur Verstärkung der wechselseitigen Bedrohungswahrnehmung zwischen NATO und Russland». Daher brauche es eine «von allen getragene und von allen respektierte Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa».

Die Widerstände, die sich sofort formierten,[2] sind gross, aber das Manifest der Sozialdemokraten könnte das Signal zu einer friedenspolitischen Neubesinnung sein. Gut, dass immer mehr Menschen begreifen, dass sie betrogen und in einen Krieg mit Russland hineingelogen werden sollen.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner hat u.a. die Bücher «Deutschland – verraten und verkauft, und «Niemand soll hungern, ohne zu frieren» veröffentlicht.

Quellen:

[1] www.erhard-eppler-kreis.de/manifest/

[2] Vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article256235460/manifest-spd-politiker-fordern-grundlegende-kehrtwende-in-aussenpolitik-und-zusammenarbeit-mit-russland.htm

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/deutsche-sozialdemokraten>



Ein Artikel von Marcus Klöckner, 12. Juni 2025 um 13:00
Titelbild: Juergen Nowak/shutterstock.com

Lars Klingbeil, Vizekanzler der Bundesrepublik, nimmt an der Bilderberg-Konferenz 2025 teil. Neben ihm auch auf der Teilnehmerliste: Julia Klöckner, Präsidentin des Bundestags, sowie Katherina Reiche, Bundeswirtschaftsministerin. Dazu gesellen sich auch NATO-Generalsekretär Mark Rutte und zahlreiche weitere hochrangige Persönlichkeiten. Die Konferenz findet in Schweden statt. Die demokratische Öffentlichkeit ist ausgeschlossen. Von Marcus Klöckner.

Die Bilderberg-Konferenz 2025 hat begonnen. Bis zum 15. Juni kommen in Stockholm im Grand Hotel hochrangige Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Geheimdienste und Medien zusammen – hinter verschlossenen Türen. Die Bilderberg-Gruppe lässt eine demokratische Öffentlichkeit nicht zu. Eine dürre Pressemitteilung, die die Gruppe zu Beginn der Konferenz veröffentlicht hat, simuliert Transparenz. Die Zusammenkunft ist von dem Eliten-Zirkel als «privat» deklariert.

In diesem Jahr stehen auf der rund 140 Teilnehmer umfassenden Liste auch die Politiker Lars Klingbeil (SPD), Julia Klöckner (CDU), Katherina Reiche (CDU) und Wolfgang Schmidt (SPD, ehemaliger Minister für besonderen Aufgaben im Kanzleramt). Im vergangenen Jahr nahm Friedrich Merz an der Zusammenkunft des erlauchten Gremiums teil. Später wurde er Bundeskanzler.

Zahlreiche weitere Persönlichkeiten finden sich ab heute in dem Hotel ein, das komplett für die Konferenz gemietet wurde. Auf der Teilnehmerliste stehen auch folgende Namen: Mark Rutte (NATO-Generalsekretär),

Jens Stoltenberg (Finanzminister Norwegens und ehemaliger NATO-Generalsekretär), Christopher Donahue (US-General, Kommandeur US-Armee Europa und Afrika), Samuel Paparo (US-Admiral, Kommandeur US-Indo-Pazifik-Command), Albert Bourla (Vorsitzender Pfizer), Richard Moore (Chef britischer Geheimdienst), Sophie Wilmes (Vizepräsidentin EU-Parlament), Radoslaw Sikorski (Aussenminister Polen). Mit Alex Karp (CEO Palantir Technologies –Überwachungstechnologie) und Peter Thiel (Präsident Thiel Capital) sind auch zwei der grössten Trump-Unterstützer und politisch umstrittensten US-Tycoons dabei. Dazu kommen unter anderem noch handverlesene Journalisten der New York Times, Financial Times, The Atlantic und von De Standaard, sowie Mathias Döpfner, der CEO von Axel Springer. Die Teilnehmerliste gilt nur bedingt als umfassend. Besuche von Akteuren, die nicht auf der Liste aufgeführt sind, können angenommen werden. Die Agenda sieht laut der Gruppe wie folgt aus: Transatlantische Beziehungen, Ukraine, US-Wirtschaft, Europa, Naher Osten, Autoritäre Achse, Verteidigungsinnovation und Widerstandsfähigkeit, KI, Abschreckung und nationale Sicherheit, Proliferation, Geopolitik der Energie und kritischer Mineralien, Entvölkerung und Migration.

Die deutsche Presse hüllt sich bisher in Schweigen. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat bisher nicht über die Teilnahme deutscher Politiker berichtet. Wer sich als Bürger informieren möchte, ist auf alternative Medien angewiesen. Auf der Plattform X berichtet etwa Dan Dicks für das Portal PressForTruth vor Ort und veröffentlichte etwa ein Video, das zeigt, dass sich die Grosse Freimaurerloge Schweden direkt gegenüber dem Konferenzhotel befindet.

Die schwedische Tageszeitung Aftonbladet veröffentlichte einen Beitrag zum Bilderberg-Treffen. In dem Artikel heisst es: «Am Sonntag berichtete Dagens Industri, dass der französische Schmuckhersteller Cartier das Hotel gebucht habe. Nach Informationen von Aftonbladet steckt jedoch die legendäre Bilderberg-Gruppe hinter der Grossbuchung.» Weitere Informationen zur aktuellen Bilderberg-Konferenz sind dünn gesät. Was genau etwa Klingbeil und Klöckner sagen, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Auch wer die Kosten für die Teilnahme an der Privatkonferenz bezahlt, ist unklar. Während deutsche Medien zum World Economic Forum in Davos eine Vielzahl von Beiträgen veröffentlichen, gibt es zur Bilderberg-Konferenz einen blinden Fleck in der Berichterstattung.

Zum Thema «Bilderberger» lesen Sie bitte auch folgende Artikel auf den NachDenkSeiten:

Karsten Montag – Wie transatlantische Netzwerke die deutsche Politik beeinflussen

Interview mit Michael Meyen – «Sprachrohr von Eliten»

Markus Klöckner – Elitezirkel: Bilderberg-Konferenz in Turin

Markus Klöckner – Bilderberg-Konferenz 2023 – Das Schweigen der Journalisten

Markus Klöckner – Bilderberg-Konferenz 2024: Deutscher Justizminister und Kanzleramtsminister auf Teilnehmerliste mit NATO-Generalsekretär – Journalisten verschliessen die Augen

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=134385>

Protest gegen den Völkermord in GAZA

Ende der Spaltung

Autor: Uli Gellermann/Datum: 11.06.2025

Es gibt einen beachtlichen Aufruf zur Aktion gegen den Völkermord in GAZA. Er ruft auf, am 14. Juni gemeinsam um 14.00 Uhr in Berlin auf dem «Platz des 18. März» (Brandenburger Tor) gegen den Mord an den Palästinensern zu demonstrieren. Beachtlich ist auch die Breite der Unterzeichner: Vom Nachdenken-Gesprächskreis über die Palästinensische Gemeinde Deutschland bis zur Naturwissenschaftler-Initiative «Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit» hat sich eine Vielzahl von Organisationen und Initiativen für diesen Aufruf zusammengetan.

Normalos der «Mitte»

Wo aber findet man jene Menschen und Organisationen unter dem Aufruf, die auch während der Corona-Zeit ihre oppositionelle Arbeit nicht eingestellt haben und sich zum Beispiel u. a. in der Assange-Solidarität zusammengefunden hatten. Sie wurden von einer taktisch schlaun Regierung als «rechts» diffamiert, obwohl die Mehrheit von ihnen Normalos waren, die sich selbst als «Mitte» eingeordnet hatten. Es war ein gelungener Trick einer Regierung, die später dann Demonstrationen gegen «Rechts» organisierte, um sich selbst als «Links» darzustellen.

«Corona-Leugner» – «Holocaust-Leugner»

Mit der diffamierenden Einordnung als «Rechts» und dem Begriff «Corona-Leugner», der geschickt an den Begriff «Holocaust-Leugner» anknüpft, gelang es den herrschenden politischen Kräften die Mehrheit der deutschen Linken zum Stillhalten zu bewegen, als Widerstand bitter notwendig gewesen wäre. Spätestens seit der Enthüllung der «RKI-Files», die die Regierungs-Steuerung beim Aufblähen eines Grippe-Virus zur Todes-Seuche beweist, könnten auch minderbegabte Linke erkannt haben, dass sie auf eine Pharma-Regierung reingefallen sind.

Schwerer politischer Fehler

Auch wenn es bitter ist, sich rückblickend einen schweren politischen Fehler einzugestehen, ist es doch allemal besser, als ihn einfach klanglos fortzusetzen. Aber die sorgsame Ignorierung von zum Beispiel «apolut» und seinen Autoren bei der Vorbereitung des Aufrufs gegen den Völkermord in GAZA, weist auf den geringen Lernfortschritt der deutschen Linken hin. Unter den Unterzeichnern des selektiven Aufrufs ist zum Beispiel der fraglos ursprünglich linke VVN/VdA (Bund der Antifaschisten). Deren Bundessprecher Dr. Axel Holz war mit dieser Diffamierung der neuen Demokratiebewegung dabei: «Diese Bewegung ist (...) mindestens latent antisemitisch.» Beweis? Null.

«Links» und «Rechts» überholt?

Aus dieser schamlosen Diffamierung der neuen Bewegung rührt als Reaktion der Aberglaube in der Demokratiebewegung, die Kategorien «Links» und «Rechts» seien überholt. Diese Ignoranz gegenüber der Geschichte – denn «Links» ist traditionell gegen den Krieg und für die Macht des Volkes, während «Rechts» ebenso traditionell das Gegenteil ist – spielt den Mächtigen, die über ihre Medien die Begriffe definieren – in die schmutzigen Hände.

Spaltung im Interesse der Herrschenden

Wer also von links, wie an den Unterzeichnern zu erkennen ist, in einem Aufruf gegen den Gaza-Krieg die Köpfe der neuen Bewegung erkennbar grundsätzlich als Partner vermeidet, der sagt zwar zu Recht «STOPPT DEN VÖLKERMORD», beteiligt sich aber einer Spaltung, über die sich die Herrschenden fröhlich freuen: Eine gesplante Bewegung kann nur mit halber Kraft opponieren. Der Kampf gegen den Krieg in Gaza braucht aber die ganze Kraft. Wir sehen uns also alle am 14. Juni am Brandenburger Tor. Lasst Euch nicht spalten.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/ende-der-spaltung>

6000 Soldatenleichen werden antirussische Propaganda

Maren Müller, Veröffentlicht in News, Veröffentlicht am 11. Juni 2025



Quelle: eanews

Russenhass ist deutsche Staatsräson – und Abort-Journalismus ist Tagesschau-Normalität

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Welch eine Niedertracht: Das neonazistische Regime in Kiew hat es (zunächst) abgelehnt, 6000 Leichen gefallener ukrainischer Soldaten von Russland zurückzunehmen. Doch unser leibhaftiger öffentlich-rechtlicher Skandal, die Tagesschau, versuchte, die Schuld dafür den Russen in die Schuhe zu schieben. Die fiesen Kostenüberlegungen der Ukraine unterschlug sie.– Ebenso erbärmlich: Die Leitung der KZ-Gedenkstätte Dachau liess von den Kränzen, die zu Ehren der von den Nazis dort ermordeten 4000 russischen Kriegsgefangenen niedergelegt worden waren, die Schleifen in den russischen Nationalfarben abschneiden. Darüber verlor die Tagesschau erst gleich kein Wort. Es ist ihr Beitrag zur medialen Massenverblödung: Nachrichten verfälschen oder unterdrücken. Nichts, auch nicht der Respekt vor dem

schrecklichen Tod junger Soldaten hindert sie daran, ihre russenfeindliche AgitProp an fanatisierte deutsche Einzeller zu liefern. Unsere Gesellschaft nimmt es hin. Wir verlieren den letzten Rest Anstand.

Die niederländische Journalistin Sonja van dem Ende näher am aktuellen Frontgeschehen und der politischen Realität als irgendein ARD-Korrespondent:

«Das ist wirklich schrecklich, das ist ein Verbrechen, denn diese Soldaten haben für ihr Land gekämpft ... jetzt sieht es so aus, als wolle die ukrainische Regierung sie nicht zurückholen. Wir wussten, dass in Kiew ein kriminelles Regime herrscht, und diese Situation beweist es.»

Doch solche Stimmen können im regierungsamtlich zensierten deutschen Diskurs nicht gehört werden. Wer sich über Ursachen, Hintergründe und Verlauf (nicht nur) des ukrainisch-russischen Krieges vollständiger und objektiver informieren will, ist auf ausländische Quellen ebenso angewiesen wie auf kritisch-alternative deutsche: auf Russia Today, Sputnik international, Strategic Culture, Consortium News, Globalbridge, Moon of Alabama, Schweizer Standpunkt und Sonar21 einerseits und NachDenkSeiten, Overton, Anti-Spiegel, Hintergrund und Berliner Zeitung andererseits. Denn selbst humanitäre Projekte wie den am 2. Juni in Istanbul vereinbarten Gefangenen- und Leichenaustausch zwischen Russland und der Ukraine nutzen unsere Mainstreammedien – vom Spiegel bis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk – um primitiven deutschen Russenhass zu fördern.

Die Verhandlungskommission der Ukraine unter ihrem Kriegsminister Umjerow hatte am 2. Juni mit Russlands Präsidenten-Berater Medinskij und dessen Kommission in Istanbul vereinbart: Diesmal werden alle Kriegsgefangenen im Alter unter 25 Jahren ausgetauscht, alle schwer verwundeten oder schwer kranken Gefangenen und je 6000 Leichen ukrainischer und russischer Soldaten. Aber schon ein paar Stunden nach dem Vertragsschluss stänkernte der ukrainische Kriegsherr und Machthaber Selensky, wie üblich ohne glaubhaften Beleg, «dass von den 6000 Leichen von Soldaten, die Russland in die Ukraine zurückgeben will, nur 15 Prozent identifiziert wurden.»

Ob er bei dieser abscheulichen Äusserung unter Drogen stand, wie ihm oft von den Russen unterstellt wird, bleibt dahingestellt; Selenskys westliche Unterstützer andererseits versuchen schliesslich mit allerlei «Faktenchecks», seine Nase als kokainfrei auszugeben. (Auf derlei interessengebundene «Faktenfinderei» ist allerdings kein Verlass, wie die Tagesschau nicht nur im Biden-Fall zeigt).

Keine Frage: Die hohe Anzahl ukrainischer Gefallener passt Selensky nicht. Woher er schon zu diesem frühen Zeitpunkt und ohne Möglichkeit einer Prüfung gewusst haben will, wie viele Leichen identifiziert sind, fragte ihn jedoch niemand. Gleichviel, ARD-aktuell (nomen est omen) reagierte ohnehin erst fünf Tage später, am 7. Juni in der Tagesschau um 20 Uhr und danach in den Tagesthemen. Ukraine-Korrespondent Tobias Dammers im üblichen Propaganda-Jargon:

«...Russland behauptet heute – ohne Belege vorzulegen – die ukrainischen Unterhändler seien nicht am Treffpunkt erschienen, wo zunächst die Leichen gefallener Soldaten übergeben werden sollten. Die Ukraine weist diese Darstellung zurück. Moskau habe den Zeitpunkt eigenmächtig festgelegt ... Für die Ukrainer ist es auch gar nicht von Interesse, einen Austausch künstlich scheitern zu lassen oder in die Länge zu ziehen, weil eben sehr sehr viele Familien auf ihre Angehörigen warten und auch innenpolitisch die ukrainische Regierung immer wieder unter Druck steht, die Gefangenen zurückzubringen. Für die Ukraine ist es auch nicht von Interesse, dass die Ergebnisse von diplomatischen Verhandlungen in Istanbul scheitern, um nicht den Druck des US-Präsidenten auf sich zu ziehen, der besonders auf diese Verhandlungen gedrängt hatte.»

An dieser Darstellung stimmt so gut wie nichts: Die ukrainischen Behörden räumten selber ein, dass sie nicht bereit waren, die Leichen an der Grenze in Empfang zu nehmen. Zur (angeblich russisch-«eigenmächtigen») Terminierung hatte TT-Moderator Zamperoni erklärt, sie sei «...für dieses Pfingstwochenende vorgesehen» gewesen.

Am 8. Juni um 15.29 Uhr erschien dann in der Kiewer «Pravda» die Mitteilung des ukrainischen Geheimdienstchefs Budanov:

«Der Beginn des Austauschs der Leichen der Toten zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation ist für nächste Woche geplant.»

Ein konkretes Datum nannte er nicht. Auch die offizielle ukrainische Behauptung, die Videoclips von den Kühltransportern mit den Leichen seien irgendwo in Russland aufgenommen worden, war erlogen. Augenzeugen bestätigten die Anwesenheit der parkenden Lkw-Schlange an der Grenze der Region Brjansk mit der Ukraine.

Zur dreisten Selensky-Behauptung, nur 15 Prozent der Leichen seien identifiziert, gehört jedoch ein Kontext, der sie erhellt und über den zu berichten die ARD-aktuell-Journaille entweder nicht fähig oder nicht willens war: Nach derzeitigem ukrainischem Recht sind Selensky und sein Regime verpflichtet, für jeden im Kampf getöteten Soldaten an die Angehörigen 316'000 Euro Entschädigung zu zahlen, davon circa 50'000 Euro sofort, den Rest über drei Jahre und drei Monate verteilt. Insgesamt kämen für 6000 Gefallene mindestens 2,2 Milliarden Euro an Rentenleistungen für die Hinterbliebenen auf das Kiewer Pleite-Regime zu. Eine Sozialleistung, auf die kein Anspruch besteht, solange Leichen nicht identifiziert und tote Soldaten noch als «vermisst» geführt werden können. Dieser Hintergrund war spätestens seit der Veröffentlichung

des Magazins Overton vom 4. Juni bekannt. Auch die Redaktion ARD-aktuell musste ihn kennen, schliesslich verfügt sie über eine online-Redaktion mit eigener Chefredakteurin.

Für die widerliche Vermeidungsstrategie Selenskys und seiner Spiessgesellen gibt es ebenfalls ein naheliegendes Motiv: Staatliche Einnahmen, anteilig auch deutsche Euro-Milliarden, fallen häufig korrupter Zweckentfremdung anheim. Aber auch das ist kein Gegenstand redaktioneller Aufmerksamkeit seitens der Tageschau.

Gerecht wäre es, wenn die westeuropäischen Kriegstreiber – voran das Trio infernale: Merz, Starmer, Macron – tatsächlich «Verantwortung übernehmen» und für den korrupten Pleite-Staat Ukraine zugunsten der Kriegsoffer-Familien in die Bresche springen müssten. Das wäre ein kleines Zeichen von Mitleid, noch längst keine Saulus-Paulus-Wandlung der drei Kriegsgeilinge. Aber allemal besser, als für Milliarden Euro weitere Waffen zur Fortsetzung des Massenmordens zu liefern. Leider gilt jedoch auch hier:

«Am Krieg verdienen die Reichen, die Armen liefern die Leichen.»

Fazit: Die ARD-Berichterstattung bleibt bei ihrer Falschmünzerei. Desinformation und platte Propaganda plus Kaltschnäuzigkeit gegenüber den Opfern der Kriege, ideelles Konkubinat mit den Herrschenden kennzeichnen die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Treffliche Bezeichnung der deutschen Verhältnisse: Kakistokratie. «Herrschaft der Schlechtesten». Sie wirkt im politischen und im medialen Raum. Frei nach Montesquieu:

«Unbedingter Gehorsam setzt Unwissenheit bei den Gehorchenden voraus.»

Der aktuelle Meinungsterror hat schwerwiegende Folgen:

Für eine stärkere militärische Unterstützung der Ukraine durch die europäischen Staaten sprechen sich 40 Prozent der Befragten aus, für 30 Prozent soll das so bleiben wie bisher, und 26 Prozent wollen, dass die Ukraine weniger Militärhilfe erhält.

Zwei von drei Deutschen sind demnach wieder auf militärische Lösungen fixiert. Die Überflutung mit Informationsmüll, Agitation und Propaganda aus allen medialen Rohren wirkt. Der bornierte Militarismus wird schwere wirtschaftliche und soziale Folgen haben. Selbst der Dümme müsste begreifen, dass er dafür zahlen muss; dennoch zieht nur eine Minderheit die Konsequenzen daraus. Die Mehrheit pflegt ihren neudeutschen Russenhass und verharrt in klagloser Lethargie (wissen Sie noch?: «Gorbi, Gorbi, Gorbi» riefen die russlandbegeisterten Deutschen 1989, und Putin erhielt bei seiner Ansprache vor dem Bundestag im Jahr 2001 «standing ovations»).

Nie hat Russland Deutschland angegriffen, immer waren wir die Angreifer. Die Sowjetunion ermöglichte uns die «Wiedervereinigung», die dann zum Anschluss der Ex-DDR an die BRD und zur hemmungslosen westdeutschen Privatisierung des DDR-Volkvermögens verkam. Günstig und jahrzehntelang zuverlässig von Russland geliefertes Erdgas ist eines der Fundamente für die Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft bis heute. Doch seit drei Jahren meinen wir, wieder gegen Russland militärisch (mit Geld, mit Waffen und mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten daran) vorgehen zu dürfen. Wir sind, folgt man dem im Jahr 2022 vorgelegten Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages («Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme») längst Kriegspartei gegen Russland:

«Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.»

Mit massiven Mitteln wird die Ukraine gegen Russland unterstützt (Merz: «... solange wie nötig») Der – vorgeschobene – Grund wird dem deutschen Michel tagtäglich ins Hirn gedengelt: Die Ukrainer verteidigen auch «unsere» Freiheit gegen den völkerrechtswidrigen Angreifer Russland. Was für ein Schmarren, angelehnt an den Dummspruch des einstigen Verteidigungsministers Peter Struck, SPD:

«Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt.»

Der Krieg gegen Afghanistan (erst nachträglich mit UN-Mandat gerechtfertigt) endete mit 240'000 Toten. Am Hindukusch liegen nun auch 60 Bundeswehr-Soldaten begraben, geopfert für deutsche Grossmannssucht im Mix mit Vasallengehorsam gegenüber den imperialen USA. Vergeblich geopfert, denn vor den afghanischen Barfuss-Kriegern mussten die westlichen Besatzer schliesslich Reissaus nehmen, ohne dass Deutschlands Sicherheit davon angekratzt wurde. Ein Abenteuer war's, in Euro-Milliarden zu betrachten. Abgesehen davon, dass völkerrechtswidrige Kriege keine Ausnahme, sondern seit Geburt der UN-Charta die Regel und speziell US-amerikanische Praxis sind, (Vorbilder dafür lieferte bisher fast ausschliesslich der Westen): Vietnam 3,2 Millionen Tote; Irak 500'000 Tote (mindestens); zu schweigen von den ungezählten Opfern der Umsturzaktionen in Iran, Syrien, Somalia, Kongo, Libyen, Chile, Ecuador, Peru, Honduras, Guatemala, Venezuela, Nicaragua, Brasilien, Argentinien, Kuba.

Dass nun gerade der NATO-Westen Russland der Verletzung des Völkerrechts bezichtigt und den Ukraine-Krieg zur Rechtfertigung der militärischen Eskalation und gigantischen Hochrüstungen missbraucht, ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte. Zumal dieser Krieg von den USA, Frankreich und Deutschland mittels (von Merkel und Hollande geplanten) Unterlaufens des Minsk-2-Abkommens, mit NATO-Insurgenten und massiver Aufrüstung der Ukraine provoziert worden ist.

Das von der aggressiven transatlantischen Politik angestrebte Ziel: Zugriff auf die unerschöpflichen Bodenschätze Russlands. Die Ukraine liefert dafür die Soldaten und insbesondere die USA und Grossbritannien schicken die Steuerungsmittel des Krieges, geben die entscheidenden Befehle und Initiativen, sind Kriegspartei. Obszönes Drumherumgerede täuscht nicht drüber weg: Deutschland ist es auch. Wir haben uns Russland wieder zum Feind gemacht, für Jahrzehnte. Eine der Konsequenzen des deutschen Kadavergehorsams gegenüber den westlichen Kriegsherren: Mehr als 1,2 Millionen ukrainische Flüchtlinge mussten wir bereits aufnehmen, ein Ende des Zustroms ist vorerst nicht absehbar. Unser Kostenanteil am Ukraine-Krieg beläuft sich schon auf 200 Milliarden Euro. Der fällige Schuldendienst werde besonders Menschen mit geringen Einkommen treffen, und zwar hart, «denn diese erfahren eine zwei- bis dreimal höhere Inflation als Menschen mit hohen Einkommen», warnte DIW-Chef Fratzscher.

Für unsere «Kriegstüchtigkeit» (Pistorius) werden wir uns um hunderte Milliarden Euro mehr verschulden, obwohl wir schon bald bei 3 Billionen Euro aufgetürmt haben. Üble Perspektive:

«Auf jeden Fall droht nach der Rezession in den Jahren 2023 und 2024 auch für 2025 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung. Drei Jahre Rezession in Folge hätte es in der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben.»

Aber das stört unser politisches Funktionsmobiliar in Berlin ersichtlich nicht. Geld wäre ja zur Genüge greifbar. In Deutschland gibt es jetzt schon 249 Milliarden, Tendenz: weiter steigend. Und überhaupt:

«... aufschlussreich sind die Zahlen zum privaten Vermögen: So betrug das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland Ende des vierten Quartals 2024 rund 9,05 Billionen Euro. Eine Studie des WZB belegt, dass zehn Prozent der Haushalte über 56 Prozent des Gesamtvermögens verfügen. In fast keinem anderen Land in Europa sind Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland.»

Aber eine Vermögenssteuer gibt es in Deutschland nicht mehr. Wird es in absehbarer Zeit auch nicht geben, Bundeskanzler Merz ist auch Multimillionär. So einer rückt nicht selbst was raus, sondern knappt es von sozial Schwächeren ab. Vor ein paar Tagen kündigte er an, auch die Leistungen für Menschen mit Behinderung einzuschränken. Auf dem Kommunalkongress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Berlin sagte er, dass jährliche Steigerungsraten von bis zu zehn Prozent bei der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe «nicht länger akzeptabel» seien. Immer feste druff aufs niedere Volk, Herr Bundeskanzler! Was denn, was denn? Den Typ haben wir schliesslich formaldemokratisch sauber gewählt!

Und den hier auch: Vizefuzzi Klingbeil und seine SPD-Kamarilla. Unisono mit den Vorturnern der Christenunion tönen sie, die Deutschen sollten mehr arbeiten – und greifen damit wesentliche Kompetenzbereiche der Gewerkschaften an. Es sind Änderungen am Arbeitszeitgesetz geplant, die die Bevölkerung zu mehr und längerem Arbeiten zwingen sollen. Die 40-Stunden-Woche soll abgeschafft werden. Arbeitnehmer würden somit noch mehr zur Verfügungsmasse des Kapitals degradiert. Statt angemessene Renten wie in den meisten unserer europäischen Nachbarn zu zahlen (Österreich, Schweiz, Frankreich, Ungarn, Griechenland, skandinavische Länder), mutet die Berliner Truppe den noch arbeitsfähigen alten Menschen in Deutschland zu, auch als Rentner weiter zu arbeiten, Anreiz: 2000 Euro sollen steuerfrei bleiben. Klingbeils Umfeld (SPD) fordert darüber hinaus eine Änderung des Kündigungsschutzes für ältere Beschäftigte.

Der kleine Mann soll also für die Arschrettungsversuche unserer politischen und journalistischen Endsieg-Beschwörer zahlen. Denn die wissen, was sie tun. Wahrlich, wir sehen herrlichen Zeiten entgegen.

Quellen:

<https://anti-spiegel.ru/2025/warum-die-ukraine-ihre-toten-soldaten-nicht-zuruecknehmen-will/>

https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesschau_20_uhr/ts-71572.html

<https://www.barth-engelbart.de/?p=26098>

<https://jayniti.org/sonja-van-den-ende/>

<https://sputnikglobe.com/20250608/dutch-journalist-calls-ukraines-refusal-to-accept-bodies-of-its-troops-crime-1122214715.html>

<https://dert.online>

<https://sputnikglobe.com>

<https://strategic-culture.su>

<https://consortiumnews.com>

<https://globalbridge.ch>

<https://www.moonofalabama.org>

<https://www.schweizer-standpunkt.ch>

<https://sonar21.com>

<https://www.nachdenkenseiten.de>

<https://overtone-magazin.de>

<https://anti-spiegel.ru>

<https://www.hintergrund.de>

<https://www.berliner-zeitung.de>

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/ukraine-verhandlungen-istanbul-106.html>

<https://www.pravda.com.ua/eng/news/2025/06/2/7515273/>

<https://tass.com/world/1053607>

<https://www.mimikama.org/selenskyj-kokain-schreibtisch/>

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/usa-biden-152.html>
https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesschau_20_uhr/ts-71572.html
<https://www.ardmediathek.de/tv-programm/680f2b9c82e61b206b66438c>
<https://www.pravda.com.ua/eng/news/2025/06/8/7516193/>
<https://rumble.com/v6uh09h-kiew-verschiebt-leichenaustausch-schrecklicher-verwesungsgeruch-journalist.html>
<https://southfront.press/ukraine-agrees-to-take-bodies-of-6000-slain-troops-but-not-really/>
<https://overtone-magazin.de/top-story/austausch-von-6000-leichen-gefallener-soldaten-stellt-die-ukraine-vor-finanzielle-probleme/>
<https://www.ard.de/die-ard/wie-sie-uns-erreichen/ard-pressemeldungen/2019/06-26-neue-Chefredaktion-von-ARD-aktuell-100/>
<https://nichtohneuns-freiburg.de/was-machen-100-us-buchpruefer-in-der-ukraine/>
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/593948/umfrage/wahrgenommene-korruption-in-der-ukraine/>
<https://dkpflensburg.wordpress.com/2023/09/18/am-krieg-verdienen-die-reichen-die-armen-dienen-als-leichen/>
<https://www.kettner-edelmetalle.de/news/kakistokratie-in-deutschland-wenn-die-dummsten-regieren-und-der-wahler-schweigt-16-05-2025>
<https://beruhmte-zitate.de/zitate/130175-charles-de-montesquieu-unbedingter-gehorsam-setzt-unwissenheit-bei-den-ge/>
<https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-politbarometer-juni-i-2025>
https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966
<https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>
<https://www.ukrinform.de/rubric-ato/3998068-merz-nach-gesprachen-mit-selenskyj-deutschland-wird-der-ukraine-so-lange-helfen-wie-notig.html>
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-der-verteidigung-dr-peter-struck-784328>
<https://www.nzz.ch/international/der-krieg-in-afghanistan-forderte-240000-tote-ld.1640684>
<https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/gedenken-tote-bundeswehr/todesfaelle-bundeswehr>
<https://www.mitwelt.org/kosten-opfer-afghanistan-krieg>
<https://meinstein.ch/geschichte/vietnamkrieg-die-bilanz-die-verluste/>
<https://www.sueddeutsche.de/politik/us-studie-500-000-iraker-starben-im-irak-krieg-1.1795930>
<https://www.wsws.org/de/articles/2022/12/20/merk-d20.html>
<https://www.sicht-vom-hochblauen.de/die-minsker-abkommen-und-warum-sie-gescheitert-sind/>
<https://muetter-gegen-den-krieg-berlin.de/NATO-Zielvorstellungen.htm>
<https://www.watson.ch/international/ukraine/760963623-die-us-beteiligungen-in-der-ukraine>
<https://www.handelsblatt.com/politik/international/russische-studie-russen-sehen-deutschland-als-feindliches-land/100077570.html>
<https://mediendienst-integration.de/artikel/ukrainische-fluechtlinge-zahlen-fuer-deutschland-europa.html>
<https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2024-02/61462999-oekonomen-ukraine-krieg-kostet-deutschland-ueber-200-milliarden-euro-003.htm>
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbefragung-1002264>
<https://www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/>
<https://de.statista.com/themen/26/bip/#topicOverview>
<https://www.manager-magazin.de/unternehmen/milliardaere-das-sind-die-500-reichsten-deutschen-2024-exklusive-auswertung-a-801d1d75-143a-4204-900e-8d95db52e433>
<https://www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/#folgen>
https://www.focus.de/politik/top-verdiener-der-cdu-vermoegen-von-friedrich-merz-ist-der-politiker-millionaer_id_259664932.html
<https://eu-schwerbehinderung.eu/index.php/33-aktuelles/29532-empowerung-ueber-merz-debatte-um-einsparungen-bei-eingliederungshilfe>
<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/arbeitszeitgesetz-reform-deutschland-100.html>
<https://www.kettner-edelmetalle.de/wissen/rentenvergleich-europa>
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/lars-klingbeils-berater-jens-suedekum-fordert-gelockerten-kuendigungsschutz-fuer-aeltere-a-b7250065-6752-4a2e-9ef3-c9f5c5692900>
 Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/6000-soldatenleichen-werden-antirussische-propaganda/>

Von der Leyen, Bourla und Sahin von italienischen Polizeigewerkschaften wegen Mordes verklagt

Die EU-Kommissionspräsidentin, die CEOs von Pfizer und BioNTech sowie hochrangige EU-Beamte wurden im Zusammenhang mit den Covid-Impfungen unter anderem auch wegen Bestechung, gewerbsmässigem Betrug, falschen Angaben gegenüber den Justizbehörden, Körperverletzung und Verabreichung gefährlicher Arzneimittel angeklagt.

10. Juni 2025 von KD

Albert Bourla und Ugur Sahin sowie Ursula von der Leyen und weitere hochrangige EU-Beamte wurden von der italienischen Polizeigewerkschaft OSA und anderen Gewerkschaften der Sicherheitskräfte wegen Mordes und anderer schwerer Straftaten verklagt. Wie Il Giornale d'Italia berichtet, wurde einer italienischen Staatsanwaltschaft ein umfangreiches Dossier mit Beweisen vorgelegt. In einem Interview mit Chiasso TV und in einem Facebook-Post bestätigt Antonio Porto, nationaler Generalsekretär der OSA, die Klage, die mit Unterstützung des Vereins Avvocati Liberi (Freie Anwälte) eingereicht wurde. Die Angeklagten sind demnach:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission
- Albert Bourla, CEO von Pfizer
- Ugur Sahin, CEO und Mitbegründer von BioNTech
- Stella Kyriakides, von Ende 2019 bis Ende 2024 EU-Gesundheitskommissarin
- Margaritis Schinas, von 2019 bis 2024 EU-Vizepräsident
- Emer Cooke, Direktorin der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA)

Den Angeklagten werden Mord, Bestechung, Betrug bei der öffentlichen Versorgung, gewerbsmässiger Betrug, falsche Angaben gegenüber den Justizbehörden, mittelbare Falschbeurkundung, Körperverletzung und Verabreichung gefährlicher Arzneimittel vorgeworfen.

Trotz einer Pressemitteilung haben laut Porto fast keine Medien über die Klage berichtet. Die Anklage stützt sich auf 450'000 Seiten der sogenannten internen «Pfizer Papers», Dokumente über Nebenwirkungen von Impfstoffen und wissenschaftliche Studien von Dr. Gabriele Segalla sowie Bewertungen der EMA und die Vernehmung des ehemaligen italienischen Gesundheitsministers Roberto Speranza. In den Dokumenten werden auch mindestens 542 schwerwiegende neurologische Nebenwirkungen erwähnt.

Die Mordanklage begründet Porto mit dem Wissen der Angeklagten, dass die Covid-«Impfungen» zum Tod führen können. Der Name der Staatsanwaltschaft sei momentan geheim, wegen Befürchtungen, dass auf sie Druck ausgeübt werden könnte. Die Staatsanwaltschaft müsse in Ruhe arbeiten können.

Im Interview erwähnt Porto Fälle von Repression gegen italienische Polizisten, die sich gegen die Covid-Massnahmen ausgesprochen haben. Er selbst habe drei schwere disziplinarische Verfahren erdulden müssen, die Sanktionen mit sich gebracht hätten, mit «zerstörerischen» Auswirkungen auf seine Karriere. Dies, obwohl er ausschliesslich als Gewerkschafter gehandelt habe. Er habe lediglich versucht, die Rechte der Arbeiter zu schützen. Den Gewerkschaftern sei bewusst, dass sie beobachtet würden, stellt Porto fest.

Dem Polizisten zufolge sind seit der Einführung der Covid-«Impfungen» 30 seiner Kollegen vorzeitig gestorben. Er stellt dabei aber bewusst keine Verbindung zu den Injektionen her. Ohne Autopsien, die nicht durchgeführt würden, könne nämlich die Kausalität nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Mit Bezug auf die Pfizer-Papers stellt Porto fest, dass die für die Zulassung der Injektionen eingereichten Dokumente gefälscht wurden. «Wir werden der Sache auf den Grund gehen», versichert der Polizist. Die Bevölkerung müsste jedoch dasselbe tun. Jeder müsse sich seiner Pflichten bewusstwerden. Man dürfe das eigene Leben und die eigenen Rechte nicht auf die Institutionen und die Politik delegieren.

Quelle: Il Giornale D'Italia: Vaccino Covid, von der Leyen e Bourla denunciati da Osa Aps, Osa Polizia e SFD per omicidio e corruzione, 450mila 'Pfizer Papers' le prove - 22. Mai 2025

Chiasso TV: Ursula Von Der Leyen denunciata anche per omicidio da alcuni sindacati di Polizia italiani - 5. Juni 2025
Facebook/Antonio Porto - 5. Juni 2025

Quelle: <https://transition-news.org/von-der-leyen-bourla-und-sahin-von-italienischen-polizeigewerkschaften-wegen>

Hunger als Waffe Israelis bringen Kinder um

Autor: Uli Gellermann/Datum: 09.06.2025

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen sagt es in nüchterner Sprache: «Hunger, Angst und der tägliche Kampf ums Überleben bestimmen das Leben der Kinder im Gazastreifen. Seit Oktober 2023 wurden nach aktuellen Berichten über 50'000 Kinder getötet oder verletzt. Über 4000 Kinder mit schwersten Verletzungen oder Erkrankungen warten dringend auf ihre medizinisch notwendige Evakuierung. Mehr als 71'000 Kinder sind akut von Mangelernährung bedroht.»

Auch Ungeborene im Visier

Selbst kleinste Hilfslieferungen wie das Gaza-Hilfsschiff «Madleen» mit der Aktivistin Greta Thunberg an Bord wurden von der israelischen Marine gekapert. Es geht dem Staat Israel längst um die Vernichtung der Palästinenser. Die UN-Experten berichten sogar: «Die israelischen Befehlshaber haben die Fortpflanzungsfähigkeit der Palästinenser im Gazastreifen als Gruppe teilweise zerstört, unter anderem durch Massnah-

men zur Verhinderung von Geburten. Dies ist eine der Kategorien für Völkermord-Handlungen im Römischen Statut und in der Völkermord-Konvention.»

Ethnokratie

Der Staat Israel hat sich zu einer Ethnokratie entwickelt, einem Staat, in dem die «Rasse» das entscheidende Merkmal seiner Staatsbürger ist. Nur wer Jude ist, gilt in Israel als vollwertiger Staatsbürger. In der Halacha, der rechtlichen Überlieferung der Juden, ist festgelegt, wer ein Jude ist: Nur der, der eine jüdische Mutter hat.

Ariernachweis?

Diese rassistische Definition der Herkunft erinnert fatal an den Ariernachweis, den die deutschen Nazis als Voraussetzung für eine vollwertige Existenz verlangten. Wer diesen Ausweis nicht beibringen konnte, galt als minderwertig. Im israelischen Apartheids-Staat haben nur die Juden alle Rechte, arabische Israelis sind Staatsbürger zweiter Klasse. Mehr noch: Das Israel des Benjamin Netanjahu versucht alles, um Menschen arabischer Herkunft zu vernichten. Sie verlangen unsere Solidarität. Zu ihrer Unterstützung hat der Düsseldorfer Designer Michael Steinmann ein Logo entwickelt, das im Netz verbreitet werden sollte:



Bildschirmfoto_2025-05-30_um_11.23.57.png

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/hunger-als-waffe>



Titelbild: © Bundesregierung / Reineke, Engelbert
Ein Artikel von: Albrecht Müller, 12. Juni 2025 um 16:1

Der Bundesverteidigungsminister (SPD) behauptete laut einem Bericht der Tagesschau vom 11. Juni, mit Putin könne man nur aus einer Position der Stärke verhandeln. Und dann wörtlich: «Das ist im Übrigen auch die Politik Willy Brandts gewesen ... Annäherung und Verhandlungen auf Augenhöhe. Aber keine Unterwerfung.» Das ist eine nackte Geschichtsfälschung. Typisch für die charakterlosen Typen, die heute die Politik bestimmen. Ich habe die «Politik der Stärke» Adenauers genau verfolgt und war dann ab 1968 als Mitarbeiter der Bundesregierung und ab 1969 der SPD (Willy Brandt) direkt am Geschehen beteiligt und weiss deshalb, dass Pistorius die Unwahrheit sagt. Albrecht Müller.

Die Politik Adenauers firmierte unter dem Begriff «Politik der Stärke». Statt schon in den fünfziger Jahren zu versuchen, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren, hat Adenauer auf militärische Aufrüstung gesetzt.

Politik der Stärke – so nannte man die damalige Politik. Dagegen stand sein eigener Innenminister (damals noch CDU) und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann auf. Die SPD entwickelte Ende der Fünfzigerjahre neue Konzepte gegen die aussichtslose und bornierte Politik der Stärke. Mit dem Bau der Berliner Mauer war auch in Steinen dokumentiert, wie aussichtslos und im Grunde borniert die Politik der Stärke war. Führende Sozialdemokraten dachten damals über neue Strategien nach.

Typisch und markant dafür und im Widerspruch zu dem, was heute Pistorius über die damalige Politik der SPD erzählt, war der Auftritt Willy Brandts und seines aussenpolitischen Beraters Egon Bahr bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing. Ihre damalige Formel für die neue Politik hieß: Wandel durch Annäherung. Annäherung – das hat nun wahrlich nichts mit Abschreckung zu tun. Im Gegenteil: Die beiden SPD-Politiker versuchten also spätestens ab 1963, von der von Adenauer geprägten Politik der Stärke wegzukommen.

Diese andere Politik, die Politik der Verständigung, der Entspannung, der Versöhnung, die Friedenspolitik fand ihre erste Krönung in der Regierungserklärung vom 28. September 1969 des gerade zum Bundeskanzler gewählten Willy Brandt. Der Kernsatz lautete: Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein.

Wer das als seine politische Leitlinie verkündet, will nicht abschrecken, und er hat auch erkannt, dass die Politik der Stärke nichts gebracht hat und nichts bringt. Die damalige praktische Politik entsprach diesen Erkenntnissen. Egon Bahr verhandelte im Auftrag von Willy Brandt und seiner Regierung in Moskau, in Warschau und in Prag über Verträge zur Zusammenarbeit und friedlichen Koexistenz. Kernpunkte dieser Verträge war die Erklärung des sogenannten Gewaltverzichts. Kernpunkt war auch die Idee der Gemeinsamen Sicherheit.

All dies hat nichts gemein mit den politischen Ansichten des Herrn Pistorius. Er sollte aufhören, die Geschichte zu verfälschen. Und die Medien sollten übrigens gelegentlich mal ihr Wissen über die jüngere Geschichte Deutschlands aufbessern. Es wäre ihre Aufgabe, den oben zitierten Äußerungen des Herrn Pistorius zu widersprechen – oder jedenfalls in Hohngelächter auszubrechen. Solange sie das nicht tun, muss man annehmen, dass sie auf den Lohnzettel der Rüstungswirtschaft stehen.

P.S.: Bei diesem Thema ist es angebracht, wieder einmal wie schon des Öfteren an das Berliner Grundsatprogramm der SPD vom 20. Dezember 1989 zu erinnern. Ich gebe hier im Folgenden eine Doppelseite mit wichtigen Aussagen zum Thema dieses Beitrags wieder:

III. Frieden in gemeinsamer Sicherheit

Aufgabe Frieden

Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historisch beispiellosen Alternativen verlangen ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein; dies gilt erst recht im Zeitalter atomarer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen. Frieden bedeutet nicht nur das Schweigen der Waffen, Frieden bedeutet auch das Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung. Friedenspolitik umfaßt auch Zusammenarbeit der Völker in Fragen der Ökonomie, Ökologie, Kultur und Menschenrechte. Eine Welt in Frieden erfordert das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen.

Friedenspolitik muß Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen, dem Vormachtstreben der Weltmächte durch regionale Zusammenschlüsse entgegenwirken und Gegensätze zwischen Systemen, Ideologien und Religionen im friedlichen Wettbewerb und in einer Kultur des politischen Streits austragen.

Friedenspolitik muß die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen.

Friedenspolitik muß sich auf Friedenserziehung und Friedensforschung stützen.

Frieden zu schaffen ist nicht allein Aufgabe der Regierungen. Frieden braucht das weltweite Engagement der Menschen für Völkerverständigung, für den Abbau von Waffen und Feindbildern.

Massenvernichtungsmittel würden im Konfliktfall zerstören, was verteidigt werden soll. Wir wollen das System der militärischen Abschreckung überwinden und blockübergreifend Sicherheit organisieren. Dazu gehört, daß der Weltraum von Waffen frei bleibt. Wir setzen uns für eine weltweite Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel ein. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare, biologische und chemische Waffen nicht herstellen, besitzen oder verwenden. Sie muß von Massenvernichtungsmitteln frei werden und darf auch keine Mitverfügung anstreben. Der Verzicht auf ABC-Waffen soll verfassungsrechtlich abgesichert werden.

Wir wollen die Dynamik der Aufrüstung brechen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang setzen.

Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern.

Gemeinsame Sicherheit

Ost und West haben den Versuch, Sicherheit gegeneinander zu errichten, mit immer mehr Unsicherheit für alle bezahlt.

Kein Land in Europa kann heute sicherer sein als der mögliche Gegner. Jeder muß also schon im eigenen Interesse Mitverantwortung übernehmen für die Sicherheit des anderen. Darauf beruht das Prinzip gemeinsamer Sicherheit. Es verlangt, daß jede Seite der anderen Existenzberechtigung und Friedensfähigkeit zubilligt.

Gemeinsame Sicherheit bewirkt Entspannung und braucht Entspannung. Gemeinsame Sicherheit will Bedrohungsängste abbauen und die Konfrontation der Blöcke überwinden.

Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. Bis dahin findet die Bundesrepublik Deutschland das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im Atlantischen Bündnis, vorausgesetzt, sie kann ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort

einbringen und durchsetzen, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit. Der Umbruch in Osteuropa verringert die militärische und erhöht die politische Bedeutung der Bündnisse und weist ihnen eine neue Funktion zu: Sie müssen, bei Wahrung der Stabilität, ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Dies eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa.

Im Bündnis muß der Grundsatz gleicher Souveränität gelten. Das Bündnis muß verteidigungsfähig, defensiv und entspannungsbereit sein. Der politische Wille muß über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie herrschen, nicht umgekehrt. Frieden ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.

Gemeinsame Sicherheit zielt auf die Abschaffung aller Massenvernichtungsmittel und eine drastische Verringerung und Umstrukturierung der konventionellen Streitkräfte bis hin zur beiderseitigen strukturellen Angriffsfähigkeit. Der Prozeß dahin soll durch begrenzte einseitige Schritte und Signale beschleunigt werden. Dazu gehört die erhebliche Senkung der Rüstungsausgaben, der Abbau der Truppenstärken und ein allgemeiner Atomteststopp.

Atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa dienen der gemeinsamen Sicherheit. Wir wollen solche Zonen schaffen und sie auf ganz Europa ausdehnen.

Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsfähigkeit. Die Struktur der Bundeswehr muß den Abrüstungsprozeß unterstützen und fördern. Die politische Führung der Bundeswehr obliegt allein der Regierung, ihre parlamentarische Kontrolle dem Bundestag.

Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger. Wir bejahen die Bundeswehr und die Wehrpflicht. Wehrdienst für Frauen lehnen wir ab. Das Ziel von Friedenspolitik ist es, Streitkräfte überflüssig zu machen.

Wir achten das Engagement von Pazifisten, die für die Utopie einer gewaltfreien Völkergemeinschaft eintreten. Sie haben einen legitimen Platz in der SPD. Wir garantieren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Wir sind für die Abschaffung der Gewissensprüfung. Der Zivildienst darf nicht so gestaltet werden, daß er abschreckend wirkt oder für die Streitkräfte nutzbar gemacht werden kann.

Europäische Gemeinschaft und europäische Friedensordnung

Die Vereinigten Staaten von Europa, von den Sozialdemokraten im Heideberger Programm 1925 gefordert, bleiben unser Ziel. Die demokratischen Staaten müssen ihre Kräfte bündeln, um sich selbst zu behaupten, aber auch, um auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinzuwirken.

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Baustein einer regional gegliederten Weltgesellschaft. Sie ist eine Chance für den Frieden und die soziale Demokratie. Ganz Europa muß eine Zone des Friedens werden.

Die Europäische Gemeinschaft soll durch eine gemeinsame Außenpolitik dem Frieden dienen, ihren Völkern in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht verleihen und der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirken. Die historische Perspektive der EG liegt nicht darin, eine eigene Vormachtrolle zu übernehmen. Statt in militärischer Stärke findet sie ihre Identität als weltweit gefragter Partner für Handel und Industrie, für Technik und Wissenschaft, für eine intakte Umwelt und eine dauerhafte Entwicklung der Dritten Welt. Sie muß auch bereit sein, alle Demokratien Europas als Mitglied aufzu-

«Geimpft, Genesen oder Gestorben – das ist so» Spahn hinter Gitter

Autor: Uli Gellermanné/Datum: 07.06.2025

Der Gesundheitsausschuss des Bundestags hat sich in einer Sondersitzung mit der Maskenbeschaffung durch Jens Spahn befasst. Es war der Dauerlügner Jens Spahn, der in der Zeit der Corona-Hysterie als Gesundheitsminister verkündete: «Geimpft, Genesen oder Gestorben – das ist so.» Da etwa 18 Millionen Menschen sich nicht mit dem gefährlichen Stoff haben impfen lassen, müssten die zwischenzeitlich alle gestorben sein. Aber sie leben mit Sicherheit besser als die Geimpften.

Schwere Impfnebenwirkungen

Selbst in einem Bericht des staatlich gelenkten Paul-Ehrlich-Institutes (PEI) wurde die Corona-Impfung infrage gestellt: Demnach treten Verdachtsfälle von Impfnebenwirkungen bei COVID-19-Impfstoffen 21x häufiger auf im Vergleich zu allen anderen Impfstoffen, und schwere Impfnebenwirkungen treten 10x häufiger auf.

Verantwortung für die Nebenwirkungen?

Spahn & Co. haben die Corona-Panik befeuert, um die Profite der Krankheits-Industrie zu befördern. Allein die Spritz-Unternehmen BioNTech und Pfizer konnten im Jahr 2021 mehr als 17 Milliarden Euro einsacken. Haben sie Verantwortung für die Nebenwirkungen übernommen? Null.

5,7 Milliarden Schutzmasken

Neben der Impferei gab es noch ein weiteres ungesundes Geschäftsfeld: Die sogenannten Schutzmasken. Das Bundesgesundheitsministerium unter Spahn beschaffte zu Beginn der Corona-«Pandemie» 5,7 Milliarden Schutzmasken im Wert von 5,9 Milliarden Euro. Mehr als zwei Drittel der Masken wurden nie verwendet.

Kunststoff-Partikel in den Atemwegen

Da es in Wahrheit eine Pandemie nur auf dem Papier der WHO gab, waren auch die Masken Teil einer Gelddruckmaschine für die Industrie. Zudem waren sie schädlich: Kunststoff-Partikel der Masken landeten in den Atemwegen.

Korruption begründet

Jetzt bestätigt sich auch noch, dass CDU-Spahn die Masken gegen jede Regel «freihändig» an eine Firma aus seiner Heimat vergeben hatte. Mit der Begründung «(...)», dass es wesentlich besser funktioniert, wenn das Angebot von jemand kommt, den man kennt und einschätzen kann». So wird Korruption begründet.

BlackRock und Rheinmetall

Der CDU-Funktionär Friedrich Merz ist ein guter Freund der Firma BlackRock. Diese Firma, bekannt als Gross-Investor, hält 5,25 Prozent der Anteile von Rheinmetall. Das Unternehmen rüstet Kriege aus und verdient u.a. am Ukrainekrieg. Es ist Merz, der die Reichweitenbeschränkung bei der Lieferung deutscher Waffen für die Ukraine aufheben will. Merz will mehr Krieg, wie Spahn mehr Impfungen wollte. In beiden Fällen geht es um Profite ohne Ende. Doch während der Tod im Fall Spahn eine Nebenwirkung ist, ist im Fall Merz der Tod die Hauptwirkung. Mit der CDU ist Deutschland immer todsicher.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/spahn-hinter-gitter>

NATO, NATO über alles Das Trump-Imperium

Autor: Uli Gellermann/Datum: 04.06.2025

US-Präsident Trump trug – seit er öffentlich behauptet hatte, er wolle den Ukraine-Krieg mal eben beenden – einen Heiligenschein vor sich her. Dieser Heiligenschein wird zur Scheinheiligkeit, denn Trump wird am NATO-Gipfel Ende Juni in den Niederlanden persönlich teilnehmen. Zur Erinnerung: Der Versuch der Ukraine, Mitglied der NATO zu werden, war der Auslöser des Ukraine-Krieges. Denn die Russen waren und sind nicht so naiv, das imperiale NATO-Instrument in ihrer nächsten Nähe zu dulden.

Fünf Prozent NATO-Tribut

Offenkundig will sich der US-Präsident beim NATO-Gipfel Ende Juni in den Niederlanden persönlich davon überzeugen, dass die Tributpflichtigen aus den NATO-Ländern auch alle brav jene fünf Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung abliefern, die er Anfang des Jahres als Verpflichtung von allen 32 NATO-Staaten

gefordert hatte. Die weltweit 4855 militärischen Stützpunkte der USA reichen dem Hegemon zur Beherrschung der Erde offenkundig immer noch nicht. Er will mit dem bewaffneten Arm der USA jeden Winkel der Erde erreichen, und die Völker sollen für ihre eigene Überwachung auch noch selbst zahlen.

Eintrittspreis in den Arsch der USA

Deutsche Politiker drängeln sich geradezu darum, den Eintrittspreis in den Arsch der USA selbst zu zahlen. Frau Weidel von der AfD hatte sich im ZDF-Sommerinterview schon untertänig hinter die Trump-Forderung gestellt. Bundesausussenminister Johann Wadephul reihte sich in die Ergebnheits-Schlange ein und sein Parteifreund Friedrich Merz will am Donnerstag dieser Woche die deutschen Zahlungen persönlich im Weissen Haus zusagen.

Missbildungen in den nächsten Generationen

Die üblich-üblen deutschen Medien können sich der allgemeinen Unterwerfung nicht verweigern und haben wie die Tagesschau nur die Sorge, ob denn die «Nukleare Abschreckung» trotz Trump noch klappt und fragen «Auf welche Atomwaffen kann Europa sich verlassen?» Es sind perverse US-Fixierte wie Claudia Buckenmaier vom ARD-Hauptstadtstudio, denen nicht auffällt, dass die in Deutschland stationierten Atomwaffen ein erstes Ziel im Krieg sein werden. Werden sie getroffen, beginnt die atomare Nacht über Deutschland und seit Hiroshima wissen wir, was das heisst: Missbildungen bis in die nächsten Generationen.

Verantwortungslose Zombies

Es sind verantwortungslose Zombies in den Parlamenten und Redaktionen, die das Spiel der Rüstungsindustrie spielen und an der Kriegsschraube drehen. Es ist zwar kein Trost, aber auch sie werden im atomaren Feuersturm verbrennen, auch ihre Nachkommen werden verkrüppelt sein. Die deutsche Friedensbewegung – durch ihre Spaltung in der Corona-Zeit geschwächt – muss die Verantwortung übernehmen. Weil Frieden erkämpft werden muss.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home>

Timber Sycamore

war ein von 2013 bis 2017 laufendes Projekt der CIA, das von den Geheimdiensten mehrerer arabischer Länder unterstützt wurde und der Bewaffnung und Ausbildung verschiedener Gruppen diente, die im Syrischen Bürgerkrieg der syrischen Armee gegenüberstanden.

Eine Folge des Programms war eine Flut von US-Waffen in den Schwarzmarkt im Nahen Osten, darunter Sturmgewehre, Granatwerfer und Panzerabwehr-Granatwerfer. Kritiker des Programms innerhalb der Obama-Regierung hielten es für ineffektiv und teuer und äusserten Bedenken hinsichtlich der Beschlagnahme von Waffen durch islamistische Gruppen und der von Timber Sycamore unterstützten Rebellen, die wiederum an der Seite der mit Al-Qaida verbundenen Al-Nusra-Front (die die USA selbst als Terrororganisationen einstufte) und ihrer Verbündeten kämpften.^[1]

Das von US-Präsident Barack Obama genehmigte (oder geduldete) Programm sollte zum Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad beitragen. Das Projekt mit einem Volumen von 500 Millionen Dollar sah auch die Ausbildung und Bewaffnung «moderater Rebellen» vor, tatsächlich wurden jedoch laut dem damaligen CENTCOM-Kommandeur General Lloyd Austin im Rahmen des Programms nur «vier oder fünf» Rebellen ausgebildet.^[2]

Nicht zu verwechseln ist Timber Sycamore mit dem *Syrian Train and Equip Program* der CIA, das syrische Kräfte im Kampf gegen die Terrormiliz IS unterstützen sollte. Timber Sycamore richtete sich im Gegensatz dazu gegen das Assad-Regime und die ihm untergebenen Syrischen Streitkräfte.^{[3][4]}

Programm

Die USA und Saudi-Arabien haben in Osteuropa für Hunderte Millionen Dollar Waffen und Munition russischer Bauart gekauft und in die Kriegsgebiete in Syrien, Irak und Afghanistan transportiert. Offenbar liess die US-Regierung – ohne entsprechende Genehmigungen der Bundesregierung – zeitweise auch Waffen über den Militärstützpunkt Ramstein an syrische Rebellen liefern.^{[5][6]} Diese Unterstützung beinhaltete sowohl Munition, kleinkalibrige Waffen, darunter Gewehre, raketenangetriebene Granaten und Panzerabwehr-raketen als auch finanzielle Mittel für Gehälter, mit denen die Befehlshaber Kämpfer rekrutieren oder bei der Stange halten konnten.^[7]

Beteiligte Akteure

Die Ausbildung der auch von Frankreich und Grossbritannien unterstützten Rebellen fand in CIA-Basen in Jordanien, Katar, der Türkei sowie Saudi-Arabien statt.^[8]

Ein bis zuletzt besonders starker Unterstützer der Anstrengungen zum Sturz der Regierung von Präsident Baschar al-Assad war der damalige CIA-Direktor John O. Brennan, während die damalige nationale Sicherheitsberaterin Susan E. Rice darauf drängte, den Fokus auf die Bekämpfung des Islamischen Staates zu legen.^[9]

Geschichte

Im Sommer 2012 schlug der damalige CIA-Direktor David Petraeus dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama erstmals ein geheimes Programm zur Bewaffnung syrischer Rebellen vor. Obama lehnte das Programm erst ab, autorisierte es im Jahr 2013 schliesslich aber doch. Ab dem Jahr 2013 wurden die Milizen an verschiedenen Waffen trainiert, dazu gab es Unterstützung durch Waffenlieferungen, insbesondere aus Saudi-Arabien und Katar.^[9]

Während die unterstützten Gruppen speziell nach der Lieferung von Panzerabwehrwaffen durch die CIA und Saudi-Arabien erste Erfolge im Kampf gegen die syrische Armee vermelden konnten, wurden sie ab Herbst 2015 durch die massiven russischen Luftangriffe infolge des russischen Militäreinsatzes in Syrien immer stärker zurückgedrängt. Die Rückeroberung von Gebieten nahe der türkischen Grenze führte dabei Ende 2016 schliesslich zur Einnahme der Stadt Aleppo durch die syrische Armee.^[9]

Letztendlich schlugen syrische, russische und Hisbollah-Kräfte die Anti-Assad-Rebellen zurück und befreiten Aleppo und andere Teile Syriens trotz des Widerstands der USA.

Das Programm wurde im Jahr 2017 vom neugewählten US-Präsidenten Donald Trump auf Rat des damaligen CIA-Direktors Mike Pompeo beendet.^[10] Kritiker im Kongress hatten zuvor die hohen Kosten des Programms von über einer Milliarde US-Dollar bemängelt. Es handelte sich damit um eines der teuersten US-Programme zur Bewaffnung und Ausbildung von Rebellen seit der CIA-Operation zur Aufrüstung der islamistischen Mudschahedin in Afghanistan, der Operation Cyclone. Außerdem gab es Berichte, dass einige der von der CIA gelieferten Waffen direkt bei der bereits 2013 als Terrororganisation eingestuften al-Nusra-Front landeten.^[9]



https://de.wikipedia.org/wiki/Timber_Sycamore

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

15.6.2025



Eines unserer wichtigsten Lebensmittel ist Trinkwasser.
© CCNulll, mit Hilfe von KI erstellt

Wasserwerke schlagen Alarm: TFA bedroht das Trinkwasser **Die PFAS-Chemikalie TFA ist in Oberflächengewässern, Rhein und Bodensee.** **Wasserversorger appellieren an Behörden und Industrie.**

Daniela Gschweng/

Die Belastung des Trinkwassers mit dem PFAS Trifluoracetat (TFA) beunruhigt die Wasserwerke. «Wir machen uns Sorgen um die Qualität der wichtigsten Trinkwasserressource, dem Grundwasser», warnte Christos Bräunle vom Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfachs (SVGW) Anfang Mai gegenüber dem Schweizer Fernsehen.

Schon einige Wochen vorher hatte die Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) vom Hochrhein berichtet: Noch sei die Trinkwasserqualität gut, aber die TFA-Belastung habe sich in den letzten acht Jahren verdoppelt. «Das Trinkwasser könnte irreversibel geschädigt werden», warnten die AWBR-Verbandspräsidenten Matthias Maier und Roman Wiget. Der Arbeitsgemeinschaft gehören 60 Wasserversorgungsunternehmen aus der Schweiz, Österreich, Liechtenstein, Frankreich und Deutschland an.

Besonders in landwirtschaftlich genutzten Regionen

Trifluoracetat ist sehr gut wasserlöslich und findet sich seit langem im Oberflächenwasser und auch in Lebensmitteln. Dorthin gelangt es über Abwässer und Regenwasser, das TFA aus Kältemitteln enthalten kann. Die Kühlgase steigen in die Atmosphäre auf und spalten dort TFA ab, das durch Regen wieder zur Erde gelangt. Infosperber berichtete im Februar beispielsweise über TFA in Wein.

Die wichtigsten TFA-Quellen neben sogenannten F-Gasen sind Pestizide und Industrieabwässer. Nach einer Auswertung des Bundesamts für Umwelt (BAFU) ist das Grundwasser in landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen in der Schweiz überdurchschnittlich mit TFA belastet.

Hauptquellen von Trifluoracetat (TFA) in der Umwelt

- Pestizide, vor allem solche mit den Wirkstoffen Flufenacet Diflufencican und Fluazinam
- Kältemittel und Treibgase wie HFKW-134a, HFKW-143a oder HFKW-227ea in Klimaanlage, Wärmepumpen und Kühlmitteln.
- Chemische Produktion anderer Stoffe
- Zerfallsprodukt anderer, längerkettiger PFAS
- Medikamente, Dünger etc.

Nach Einschätzung der Wasserwerke stammt etwa die Hälfte der TFA-Belastung aus Industrie, Gewerbe und Haushalten, die andere Hälfte aus der Landwirtschaft.

TFA galt lange als unschädlich

Dass TFA Wasserorganismen beeinträchtigt, ist lange bekannt. Für Menschen galt es in den fraglichen Mengen als unschädlich. Im vergangenen Jahr wurde jedoch ein Versuch von 2021 öffentlich, bei dem Kaninchenembryos durch TFA Schäden davongetragen hatten.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Chemikalie auch bei Menschen fortpflanzungsschädigend wirkt, ist gross. Deutschland reichte bei der Europäischen Chemikalienagentur den Vorschlag ein, TFA als reproduktions-

toxisch oder fortpflanzungsschädigend in der Kategorie 1B einzustufen («Kann das Kind im Mutterleib schädigen. Kann vermutlich die Fruchtbarkeit beeinträchtigen.»).

Dazu kommt: Trifluoracetat gehört zu den Ewigkeitschemikalien. Es zerfällt nicht, sondern reichert sich immer weiter an. Besonders beunruhigend: Mit den bisher genutzten Methoden lässt sich TFA kaum aus dem Wasser entfernen. Aktivkohlefilter, wie sie bei anderen PFAS-Verunreinigungen zum Einsatz kommen, halten TFA nicht zurück.

Grenzwerte hinken hintennach

Aktuell gilt in der Schweiz ein genereller Grenzwert von 10 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser für unbekannte Stoffe oder solche aus Pflanzenschutzmitteln. Deutschland orientiert sich an einem Leitwert von 60 Mikrogramm, der kein Grenzwert ist, sondern ein Anhaltspunkt. Dazu gibt es einen Schwellenwert von 10 Mikrogramm für Pestizidabbauprodukte.

Würde TFA als reproduktionstoxisch eingestuft, wären in der EU nur noch 0,1 Mikrogramm pro Liter erlaubt. Sollte die EU, wie derzeit diskutiert, diesen Höchstwert für TFA festlegen, werde die Schweiz diesen prüfen und übernehmen, so das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit gegenüber dem SRF.

Durchschnittlich liegen die TFA-Werte in Grund- und Oberflächenwasser aber bereits bei etwa 0,7 Mikrogramm pro Liter – mit Spitzen bis zu mehreren Dutzend Mikrogramm. Und sie werden voraussichtlich weiter steigen. Ein EU-Grenzwert käme also womöglich zu spät.

«Strukturwandel in der Wasserversorgung»

Trinkwasser müsste dann mittels Umkehrosmose aufbereitet werden, erklärte Christos Bräunle, Sprecher beim Fachverband für Wasser, Gas und Wärme (SVGW) gegenüber dem SRF. Reverse Osmose ist ein technisch aufwendiges und teures Verfahren. «Technisch wäre das möglich, aber es würde einen Strukturwandel in der Wasserversorgung bedeuten», sagt Bräunle. Einzelne Gemeinden könnten sich solche Anlagen kaum leisten. Einmal mehr würden die Steuerzahlenden die Kosten tragen und nicht die Verursacher.

Verantwortliche fordern schnelles PFAS-Verbot

Nichts zu tun wird aber nicht nur potenziell giftiger, sondern auch aufwendiger und noch teurer. Das Umweltministerium in Baden-Württemberg fordert daher nicht nur strenge Grenzwerte, sondern auch eine umfassende Regulierung von Herstellung, Nutzung und Entsorgung von PFAS. «Nur so entsteht der Anreiz, sicherere Alternativen zu entwickeln», betont Baden-Württembergs Umweltministerin Thekla Walker. Offensichtlich ist auf die Eigenverantwortung der Industrie kein Verlass.

Das sei jetzt und umgehend nötig, sagt auch Matthias Maier vom AWBR gegenüber dem Südwestdeutschen Rundfunk (SWR) und spricht von einem «Bremsweg», den man brauche, um die Verschmutzung in den Griff zu bekommen. Noch sei die Qualität des Grundwassers gut. Bis eine Verschmutzung im Grundwasser ankommt, kann es jedoch dauern. Ohne ein Umdenken drohe TFA zu einer Ewigkeitslast für kommende Generationen zu werden.

«Stadtzerstörer»-Asteroid auf Kollisionskurs mit dem Mond könnte Satelliten abknallen

The Independent

Neue Beobachtungen des «Stadtzerstörer»-Asteroiden, von dem man mal dachte, er sei auf Kollisionskurs mit der Erde, zeigen, dass er den Planeten nicht treffen wird, aber auf den Mond prallen kann und eine «potenzielle Gefahr» für Satelliten darstellt.

Aktuelle Berechnungen der Flugbahn des gebäudegrossen Weltraumgesteins zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass er im Dezember 2032 auf die Mondoberfläche trifft, bei 4 Prozent liegt.

Astronomen, unter anderem von der University of Western Ontario, schätzen in einer neuen Studie, dass ein solcher Einschlag eine Energie freisetzen könnte, die 6,5 Megatonnen TNT entspricht, und einen Mondkrater mit einem Durchmesser von fast 1 km hinterlassen würde.

Zum Vergleich: Der Atombombenabwurf der USA auf Hiroshima im Jahr 1945 hatte eine Sprengkraft von fast 0,015 Megatonnen TNT.

Ein Einschlag des Weltraumgesteins mit der Bezeichnung 2024 YR4 könnte laut einer noch nicht begutachteten Studie eine Mondtrümmerwolke mit einem Gewicht von über 100'000'000 kg produzieren.

Bis zu 10 Prozent dieser Trümmer könnten «innerhalb weniger Tage auf die Erde fallen». Und je nachdem, wo der Asteroid auf dem Mond einschlägt, könnten die Mondtrümmer über Jahre hinweg Satelliten Meteoriten gefährden.

«Besonders besorgniserregend sind Trümmerteile, die die Schwelle für Satellitengefahr (0,1 mm) überschreiten und innerhalb relativ kurzer Zeiträume – Tage bis Monate – direkt in die erdnahe Umlaufbahn gelangen und eine Gefahr für Raumfahrzeuge darstellen könnten», heisst es in der Studie.

Das Risiko für Satelliten hängt von mehreren Faktoren ab, darunter der Ort des Aufpralls, die Grösse des Mondkraters, die Menge des durch die Kollision ausgestossenen Materials und die Grössenverteilung der entweichenden Auswurfmassen. Von diesen Faktoren ist, laut der Studie, der Ort des Aufpralls am wichtigsten.

«Da der Mond mit einer Geschwindigkeit von etwa 1 km pro Sekunde um die Erde kreist, muss das aufgeschleuderte Material die Hinterkante des Mondes treffen, um die Erde schnell zu erreichen», heisst es. Der Aufprall sollte zudem so erfolgen, dass die Geschwindigkeit des aufgeschleuderten Materials «die Umlaufgeschwindigkeit des Mondes weitgehend aufhebt».

Die Studie simuliert 10'000 Klone des Asteroiden, die unterschiedliche Bahnen nehmen, und in 410 davon trifft der Weltraumfelsen auf den Mond.

Wenn der Asteroid den Mond trifft, wird das wahrscheinlich auf der Südhalbkugel passieren.

Die Analyse der 410 möglichen Aufprallszenarien zeigt, dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass bei einem Aufprall von 2024 YR4 10 Prozent der Trümmer in den erdnahen Weltraum gelangen und damit eine Gefahr für Astronauten und Raumfahrzeuge darstellen.

«All dies wird sich in den wenigen Tagen der maximalen Auswurfphase nach einem Einschlag von 2024 YR4 ereignen», sagen die Forscher.

Da die Zahl der Satelliten, die die Erde umkreisen, exponentiell zunimmt, könnten die Trümmer bis 2032 eine noch grössere Gefahr darstellen.

«Angesichts der sehr grossen Gesamtfläche, die bis 2032 für Satelliten exponiert sein wird», warnt die neue Studie, «ist es möglich, dass Hunderte bis Tausende von Einschlägen von mm-grossen Trümmern, die durch einen Mondaufprall von 2024 YR4 ausgestossen werden, die gesamte Satellitenflotte treffen werden.» Aufgrund der neuen Erkenntnisse fordern die Forscher, dass die Massnahmen zum Schutz der Erde vor gefährlichen Asteroiden auf den Schutz des Mondes ausgeweitet werden.

Quelle: <https://www.msn.com/en-ca/news/world/city-killer-asteroid-on-collision-course-with-moon-could-damage-satellites/ar-AA1GVlr2?ocid=msedgdhp&pc=ASTS&cvid=586d3da550e14945b6c9a6345e16b38b&ei=49>

Kontakt Information: <https://www.independent.co.uk/service/contact-us-759589.html>

Indiens heimische «Star Wars»-Laserwaffe bringt Drohne im Praxistest zum Absturz

The Defense Post - April 14, 2025

Indien hat sein 30-Kilowatt-Laserwaffensystem, das speziell zum Abschuss von Drohnen, Raketen und Flugzeugen entwickelt wurde, zum ersten Mal erfolgreich getestet.

Entwickelt von der Defence Research and Development Organisation (DRDO), verfolgte und zerstörte das Laser-DEW Mark-II(A) während einer Vorführung in Kurnool, Andhra Pradesh, ein sich bewegendes Drohnenziel mit einem Laserstrahl.

Es wurde unter extremen Bedingungen auf eine Reichweite von 3,5 Kilometern getestet, und Nutzer-Tests sollen in den nächsten anderthalb Jahren stattfinden, wie der Generaldirektor für Elektronik und Kommunikationssysteme der DRDO, Dr. BK Das, gegenüber der Zeitung «Times of India» mitteilte.

Nach dem Test sagte der DRDO-Vorsitzende Dr. Samir V Kamat, dass die Laserwaffe «eine der Komponenten der Star Wars-Technologien» sei, die das Land entwickelt, und meinte damit hochenergetische Systeme wie hochenergetische Mikrowellen und elektromagnetische Impuls Waffen.

Ausserdem sagte der Vorsitzende in einem Interview mit der indischen Nachrichtenagentur ANI, dass die USA, Russland und China schon ähnliche Fähigkeiten gezeigt hätten, während Israel an ähnlichen Fähigkeiten arbeite, was Indien zum vierten oder fünften Land der Welt mache, das dieses System demonstriere.

Merkmale

Die 30-Kilowatt-Laserwaffe für Fahrzeuge soll laut India Times elektronische Kampffähigkeiten haben und einen 360-Grad-Elektrooptik-/Infrarotsensor haben.

Zusätzlich zu der in der Vorführung verwendeten landgestützten Variante untersucht die DRDO Möglichkeiten zur Miniaturisierung des Systems für den Einbau in Luftplattformen und Schiffe.

Der Test fand statt, nachdem die indische Armee im März 2024 das «Integrated Drone Detection and Interdiction System» eingeführt hatte, das einen 2-Kilowatt-Laserstrahl mit einer Reichweite von 800 bis 1000 Metern (2624 bis 3280 Fuss) umfasst.

Überdies arbeitet Indien auch an einer 300-Kilowatt-Version mit einer maximalen Reichweite von 20 Kilometern (12 Meilen).

Laser-Drohnenabwehrsysteme

Direkte Energiewaffen, vor allem laserbasierte Systeme, geben Militärs kostengünstige Möglichkeiten zur Drohnenabwehr und verringern gleichzeitig das Risiko von Kollateralschäden.

Ihre Produktion erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der Drohnenkriegsführung, insbesondere im Krieg zwischen Russland und der Ukraine, wo Kiew Berichten zufolge seine Tryzub-Laserwaffe eingesetzt hat.

Die US-Marine hat das 60-Kilowatt-System HELIOS mit einer Reichweite von bis zu 8 Kilometern vorgestellt. Von Lockheed Martin entwickelt, kann es auf die doppelte Zerstörungskraft skaliert werden.

Unterdessen arbeitet das Vereinigte Königreich an seiner Laserwaffe DragonFire, die bis 2027 auf vier Kriegsschiffen zum Einsatz kommen soll.

Quelle: <https://thedefensepost.com/2025/04/14/india-30kw-laser-weapon-drone/>

Kontakt Formular: <https://thedefensepost.com/contact/>

**Wenn wir nicht selbst denken können, wenn wir nicht bereit sind,
Autoritäten zu hinterfragen, dann sind wir nur Wachs
in den Händen der Machthaber.**

- Carl Sagan



If we can't think for ourselves, if we're unwilling to question authority,
then we're just putty in the hands of those in power.

Carl Edward Sagan (Aussprache ['seɪɡən]; * 9. November 1934 in Brooklyn, New York; † 20. Dezember 1996 in Seattle, Washington) war ein US-amerikanischer Astronom, Astrophysiker, Exobiologe, Fernsehmoderator, Sachbuchautor und Schriftsteller.

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Sagan)



Ein Artikel von: Tobias Riegel, 20. Juni 2025 um 10:00
Titelbild: Ink Drop / shutterstock.com

In einem aktuellen Brief pocht Spanien auf seine Souveränität und bezeichnet die Rüstungspläne der NATO als «inkompatibel mit dem Fortbestand unseres Wohlfahrtsstaats und unserer Sicht der Welt». Die deutschen Sozialdemokraten sollten sich an der spanischen Position dringend ein Beispiel nehmen.

Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Kurz vor dem NATO-Gipfeltreffen kommende Woche in Den Haag hat die spanische Regierung den wichtigsten Beschluss infrage gestellt, der bei der Zusammenkunft gefasst werden soll – die geplante Zusage, dass alle Mitglieder der NATO ihre jährlichen Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent der Wirtschaftsleistung steigern. Für Spanien wäre diese Festlegung «unvernünftig» und «kontraproduktiv», schrieb der sozialdemokratische Premierminister Pedro Sánchez am Donnerstag in einem Brief an NATO-Generalsekretär Mark Rutte, wie Medien berichten.

Ausserdem könnte es das spanische Wirtschaftswachstum gefährden und die Inflation anschieben, wird Sanchez in Medien wiedergegeben. Sanchez pocht ausserdem auf die Souveränität Spaniens: Spanien sei souverän, so Sanchez, und könne sich nicht zu einem bestimmten prozentualen Anteil verpflichten lassen, den es für Verteidigung ausgeben müsse.

In manchen Beiträgen in deutschen Medien werden die sozialpolitischen Begründungen von Sánchez allerdings nicht angemessen zitiert, der Politiker begründet die Ablehnung der NATO-Rüstung nämlich auch mit den Gefahren der sozialen Kürzungen: Eine solch massive Aufrüstung sei «unvereinbar mit unserem Sozialstaat und unserer Weltanschauung». An dieser an den Interessen der Bürger orientierten Politik könnten sich auch die deutschen Sozialdemokraten ein Beispiel nehmen.*

Vorbild für die deutschen Sozialdemokraten?

Die Position der spanischen Sozialdemokraten sollte, wie gesagt, den deutschen Sozialdemokraten als Vorbild dienen. Die langfristigen Folgen für die SPD, sollte sie bei ihrem jetzigen militaristischen Kurs bleiben, wären nicht nur politisch und gesellschaftlich dramatisch, sondern auch für die Partei selbst existenzbedrohend. Der Haushalts- und finanzpolitische Sprecher der SPD in der Bürgerschaft Bremen, Arno Gottschalk, hat das in diesem Tweet auf X ganz gut auf den Punkt gebracht:

Die Folgen der 5% für die SPD: «Müsste Deutschland 225 Milliarden Euro für militärische Zwecke ausgeben, wäre nicht nur das Etikett «Friedenspartei» passé, auch der zweite Identitätskern, Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, wäre dann hinfällig. Eine dauerhafte Umschichtung so gewaltiger Summen gehe letztlich immer zulasten der Sozialpolitik, sagt Gottschalk. Die SPD würde, wie Hamburgs Altbürgermeister Klaus von Dohnanyi es ausdrückt, ihre Wurzeln kappen. Insofern ist das Manifest auch ein SPD-Selbstverteidigungspapier, was den Gegnern durchaus bewusst ist, sonst würden sie nicht derart ablehnend reagieren.»

Der kommende SPD-Parteitag wäre eine gute Gelegenheit, um den Kriegs-Kurs der SPD zu korrigieren. Das jüngste «Manifest» von SPD-Friedenspolitikern könnte dafür ein Ausgangspunkt und eine Diskussionsgrundlage sein. Man kann das Friedenspapier mit einer Petition unterstützen – sie findet sich unter diesem Link.

* Aktualisierung 20.6.2025, 11.15 Uhr: An dieser Stelle wurde ein irreführender Satz zu aktuellen Korruptionsskandalen in Spanien entfernt.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=134744>

«Je mehr Dosen man erhält, desto eher stirbt man wahrscheinlich innerhalb eines kürzeren Zeitraums»

Das geht aus einer japanischen Datenbank hervor, in der 18 Millionen gegen «Covid» geimpfte Bürger erfasst sind. Demnach treten die Sterblichkeitsspitzen mit jeder zusätzlichen Dosis früher auf, bis zu drei bis vier Monate nach der letzten Injektion.

20. Juni 2025 von KD.

Eine kürzlich veröffentlichte japanische Datenbank, in der 18 Millionen geimpfte Bürger erfasst sind, hat ein erschreckendes Muster aufgedeckt, wie der Substack The Vigilant Fox berichtet. Sie zeigt einen massiven Anstieg der Sterblichkeit Monate nach der Covid-«Impfung». Zudem treten die Sterblichkeitsspitzen mit jeder zusätzlichen Dosis früher auf, was auf eine kumulative Toxizität durch wiederholte mRNA-Injektionen hindeutet.

Am auffälligsten ist den Daten zufolge der steile Anstieg der Todesfälle nach der dritten Dosis. Er war nicht nur am höchsten, sondern erschien auch früher, und zwar drei bis vier Monate nach der letzten Injektion. Im Gegensatz zu den Geimpften zeigen ungeimpfte Bevölkerungsgruppen keine solche Spitzen in der Sterblichkeit. Dr. Yasufumi Murakami, emeritierter Professor für Biotechnologie und Wissenschaft an der Tokyo University of Science, warnte deshalb:

«Wir haben herausgefunden, dass mit zunehmender Anzahl der Dosen der Höhepunkt der Todesfälle schneller eintritt, das heisst: Je mehr Dosen man erhält, desto eher stirbt man wahrscheinlich innerhalb eines kürzeren Zeitraums. Das Risiko steigt also mit zunehmender Dosis. Wenn der Impfstoff keine Toxizität hätte oder nicht zum Tod führen würde, gäbe es keinen Spitzenwert. Das ist der Punkt.»

Murakami hat über 100 Studien veröffentlicht und ist weiterhin wissenschaftlich aktiv, etwa als stellvertretender Direktor am Research Center for RNA Science der der Tokyo University of Science.

Laut «The Vigilant Fox» wurden die Daten von den Regierungen unterdrückt und von den Konzernmedien abgetan. Sie seien aber von der Journalistin Masako Ganaha und einem japanischen Forscherteam publik gemacht worden. Ganaha schrieb auf X:

«Wenn die Regierung es nicht tun will, dann sollte das Volk das Massensterben unter Japanern untersuchen! Datenbank von 18 Millionen geimpften Menschen zum ersten Mal offengelegt!»

Quelle: The Vigilant Fox: Japan Releases Bombshell Vax vs. Unvax Data on 18 Million People - 18. Juni 2025

Quelle: <https://transition-news.org/je-mehr-dosen-man-erhalt-desto-eher-stirbt-man-wahrscheinlich-innerhalb-eines>



Ein Artikel von: Florian Warweg, 20. Juni 2025 um 13:00

Die Direktorin des Zusammenschlusses aller US-Geheimdienste (DNI), Tulsi Gabbard, hatte bei einer Anhörung im US-Senat am 25. März dieses Jahres öffentlich erklärt, dass laut übereinstimmender Einschätzung aller 18 US-Geheimdienste Iran nicht an einer Atombombe baue. Die NachDenkSeiten wollten vor diesem Hintergrund wissen, über welche alternativen Informationen, die der Bewertung der US-Geheimdienste widersprechen, Kanzler Merz und sein Aussenminister Wadehul verfügen. Denn beide hatten den Angriffskrieg Israels gegen den Iran als Präventivangriff mit Verweis auf die angeblich immanente Gefahr der Fertigstellung einer solchen Bombe gerechtfertigt. Von Florian Warweg.

«Die IC (Intelligence Community – Zusammenschluss aller US-Geheimdienste) geht weiterhin davon aus, dass der Iran keine Atomwaffen baut und dass der Oberste Führer Khamanei das Atomwaffenprogramm, das er 2003 ausgesetzt hat, nicht genehmigt hat. Die Geheimdienste beobachten, ob Teheran beschliesst, sein Atomwaffenprogramm wieder zu genehmigen/wieder aufzunehmen.»



Hintergrund



Diese Einschätzung aller US-Geheimdienste, getroffen wenige Wochen vor dem Angriffskrieg Israels gegen den Iran, widerspricht fundamental der israelischen Begründung für den Kriegsbeginn. Denn die offizielle Rechtfertigung Israels lautet, Iran hätte kurz davorgestanden, eine Atom-Bombe zu produzieren, und Tel Aviv sei folglich gezwungen gewesen, mittels eines Präventivkrieges dies zu verhindern. Dieser Argumentation schlossen sich völlig unhinterfragt sowohl Bundeskanzler Friedrich Merz und dessen Parteikollege und Außenminister Johann Walter David Rudolf Wadehul als auch SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius an.

Israel, so führte etwa Wadehul nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen den Iran gegenüber dem ZDF am 13. Juni aus, hätte «jedes Recht», sich zu verteidigen. Denn der Iran lege es laut dem deutschen Außenminister darauf an, den Staat Israel zu vernichten, und dürfe auf keinen Fall in den Besitz von Atomwaffen kommen. Die Bundesregierung werde Israel in seinem Recht auf Selbstverteidigung weiter «solidarisch begleiten».

Verteidigungsminister Pistorius erklärte wiederum gegenüber der ARD am 15. Juni mit Verweis auf «das Nuklearprogramm der Iraner»: **«Israelis hat jedes Recht sich zu verteidigen – auch präventiv!»**



Titelbild: Screenshot NachDenkSeiten, Bundespressekonferenz 16.06.2025

Kanzler Merz wiederum stellte diese schon extrem einseitigen Einschätzungen seiner Kabinettskollegen in den Schatten, indem er unter anderem gegenüber dem ZDF zum völkerrechtswidrigen «Präventivkrieg» der Israelis erklärte:

«Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht, für uns alle. Ich kann nur sagen, grössten Respekt davor, dass die israelische Armee, die israelische Staatsführung den Mut dazu gehabt hat, das zu machen. Andernfalls hätten wir sonst möglicherweise Monate und Jahre weiter diesen Terror dieses Regimes gesehen – und dann möglicherweise noch mit einer Atomwaffe in der Hand.»

Dass diese Äusserungen und Behauptungen im direkten Widerspruch zu den kommunizierten Erkenntnissen der US-Geheimdienste stehen – scheint in dem Fall keine Auswirkungen auf die Bewertung des deutschen Kanzlers und seiner Minister zu haben. Eigentlich erstaunlich, wenn man bedenkt, wie wichtig sonst die Äusserungen und Erkenntnisse der entsprechenden Partnerdienste aus Übersee, etwa im Fall der Ukraine, genommen werden.

Auszug aus dem Wortprotokoll der Regierungspressekonferenz vom 16. Juni 2025

Frage Warweg

Die Direktorin des Zusammenschlusses aller US-Geheimdienste, Tulsi Gabbard, erklärte bei der Senatsanhörung am 25. März dieses Jahres, laut übereinstimmender Einschätzung aller 18 US-Geheimdienste baue Iran nicht an einer Atombombe. Wenn die US-Geheimdienste Ende März geschlossen davon ausgegangen sind, dass der Iran keine Atombombe baue, aber sowohl der Aussenminister als auch der Kanzler die Angriffe Israels als Präventivangriffe gerechtfertigt haben, würde mich interessieren, welche alternativen Informationen dem deutschen Aussenminister und dem Kanzler denn vorliegen, die dieser Einschätzung der US-amerikanischen Seite widersprechen.

Wagner (AA)

Herr Warweg, wir machen uns die Prämissen, die Sie in Ihrer Frage aufwerfen, ausdrücklich nicht zu eigen. Aber lassen Sie mich vielleicht einmal festhalten, dass der Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation, der IAEA, am 31. Mai sehr deutlich festgehalten hat, dass Iran seine Verpflichtungen aus dem Safeguards-Abkommen nachweislich nicht einhält. Ich denke, das ist die Grundlage, auf der wir das iranische Atomprogramm beurteilen.

Zusatz Warweg

Das war aber, ehrlich gesagt, keine Antwort auf meine Frage. Ich hatte gesagt, die US-Geheimdienste seien vor anderthalb Monaten zu dem Schluss gekommen, es werde keine Atombombe gebaut. Mit der Argumentation, es bestehe die imminente Gefahr einer iranischen Atombombe, hat Israel den Iran angegriffen und haben sowohl der Kanzler als auch der Aussenminister diese Angriffe verteidigt. Die US-Geheimdienste sagen: Nein, das war nicht in Planung. – Dann müssen der Kanzler und auch der Aussenminister, wenn sie das so verteidigen, ja andere Informationen haben. Auch die von Ihnen angesprochene internationale Atomenergiebehörde hat von Unregelmässigkeiten in der Berichterstattung gesprochen, aber mitnichten davon, dass der Iran kurz vor einer Atombombe gestanden habe.

Wagner (AA)

Herr Warweg, ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir uns die Prämisse Ihrer Frage nicht zu eigen machen.

Zusatzfrage Warweg

Welche Prämisse?

Wagner (AA)

Die Prämisse, die Sie in Ihrer Frage eben länglich dargelegt haben. – Ich habe gesagt, die kompetente internationale Behörde, nämlich die internationale Atomenergiebehörde, hat in einer jüngsten Entschliessung sehr klar festgehalten, dass sich der Iran nicht an seine Verpflichtungen in Sachen des Atomprogramms hält.

Zuruf Warweg

(ohne Mikrofon, akustisch unverständlich)

Vorsitzende Buschow

Jetzt bekommt erst einmal der nächste Fragesteller das Wort, Herr Warweg. Die Liste ist nämlich tatsächlich lang.

Zuruf Warweg

Entschuldigung, aber wenn ich zwei anspreche, und nur einer antwortet ...

Vize-Regierungssprecher Hille

Herr Warweg, wir alle sitzen hier für die Bundesregierung. Alle Kolleginnen und Kollegen, die hier oben sitzen, sitzen hier für die Bundesregierung. Ich habe dem, was der Kollege Wagner gerade ausgeführt hat, nichts hinzuzufügen.

Zuruf Warweg

Das heisst, Herr Wadephul spricht jetzt auch für den Kanzler?

Vorsitzende Buschow

Herr Warweg, ich nehme Sie wieder auf die Liste. Geben Sie vielleicht anderen Kollegen die Chance, ebenfalls eine Frage zu stellen. Jetzt ist der nächste Kollege an der Reihe.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=134750>

Kommentar:

Sagen, wo es lang geht– mit dem deutschen Bundeskanzler

19. Juni 2025, Von: Karin Leukefeld



Für den deutschen Bundeskanzler muss der Westen Israel dankbar sein, dass es die notwendige ›Drecksarbeit‹ gegen den Iran macht ... (Friedrich Merz am G7-Gipfel in Kanada)

Das Setting: Zwei Personen sitzen sich in einem Studio gegenüber, im Hintergrund eine Wand mit einem Landschaftsfoto. Aus dem Kontext geht hervor, die Aufnahme findet am Rande des G7-Gipfeltreffens in Kanada statt.

Die Handlung: Die rechte Person (im Bild), eine Frau, stellt eine Frage an ihr Gegenüber: «Ist es nicht verlockend, dass die Israelis jetzt die Drecksarbeit machen für ein Regime, das sehr viele in der Welt als einen wirklich grossen Störfaktor wahrnehmen?» Die Frau ist Diana Zimmermann, Leiterin ZDF-Hauptstadtstudio. Die 1971 geborene Journalistin studierte laut ihrer Vita beim ZDF ›Vergleichende Literaturwissenschaft, Sinologie und Geschichte an der FU Berlin und in Paris‹.

Die linke Person (im Bild), ein Mann, antwortet: «Frau Zimmermann, ich bin Ihnen dankbar für den Begriff ›Drecksarbeit‹. Das ist die ›Drecksarbeit‹, die Israel macht, für uns alle. Wir sind von diesem Regime auch betroffen. Dieses Mullah-Regime hat Tod und Zerstörung über die Welt gebracht. Mit Anschlägen, Mord und Totschlag. Mit Hisbollah, mit Hamas, am 7. Oktober 23 in Israel. Das wäre ohne das Regime in Teheran niemals möglich gewesen. Die Belieferung Russlands mit Drohnen aus Teheran. Ja, ›Drecksarbeit‹, die Israel da gemacht hat. Ich kann nur sagen, grössten Respekt davor, dass die israelische Armee den Mut dafür gehabt hat, die israelische Staatsführung den Mut dazu gehabt hat, das zu machen. Wir hätten sonst möglicherweise Monate und Jahre weiter diesen Terror dieses Regimes gesehen und dann möglicherweise noch mit einer Atomwaffe in der Hand.» Der Mann ist laut Einblendung Friedrich Merz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der 1955 geborene Politiker absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften.



Siehe auch dieses Video.

Manchmal ist es angesichts solcher Ungeheuerlichkeit erforderlich, Abstand herzustellen. Journalisten können das tun, indem sie beschreiben. Wir sehen also eine Journalistin, die einem Politiker eine Frage stellt, eine alltägliche Situation.

Hier aber geschieht etwas Anderes, die zwei Personen sind ein Team und betreiben «hybride Kriegsführung», sie führen einen «Krieg ohne Kampf». Ihr Ziel sind die Köpfe der Leute draussen an den Bildschirmen, wie man so gern in den Studios sagt und damit gleich eine ordentliche Distanz herstellt nach dem Motto: Wir hier drinnen (die das Wissen haben), die da draussen (denen wir die Welt erklären).

Ziel des hybriden Angriffs dieser Journalistin und des deutschen Bundeskanzlers «vor der wunderbaren Kulisse der Rocky Mountains», so die ZDF-Journalistin, sind diejenigen, die an diesem Abend das Heute Journal eingeschaltet haben (17.6.2025?). Und diejenigen, die anschliessend in zahlreichen Übersetzungen weltweit hören, was der deutsche Bundeskanzler zu sagen hat. Ziel ist, der Öffentlichkeit weltweit Begriffe, Perspektiven, Positionen, Ziele der deutschen Aussenpolitik zu erläutern. «Sagen, wo es langgeht» mit dem deutschen Bundeskanzler.

Thema heute: «Drecksarbeit».

Die Journalistin leitet das Interview mit einer Vorlage für den deutschen Bundeskanzler ein, der diese «dankbar» aufgreift. Seine Ausführungen über die «Drecksarbeit», die Israel «für uns alle» mache, sind ein Lehrstück darüber, wie Rassismus und koloniales imperialistisches Denken fest in den Köpfen der politischen und öffentlichen – in diesem Fall deutschen – Eliten verankert ist.

Den israelischen Angriffskrieg gegen Iran, den Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser in Gaza und im Westjordanland, die israelischen Angriffe auf Libanon, Syrien und die Besetzung von deren Territorium – die sieben Kriege Israels gegen die Staaten der Region als «Drecksarbeit» zu bezeichnen kennzeichnen eine Herrschaftsmentalität. Der Blick auf Israel ist der Blick auf einen Angestellten, der «Drecksarbeit» macht. Der Blick auf die Opfer der Kriege sieht in den Betroffenen Abfall und Dreck, mit dem man sich nicht die Hände schmutzig machen will.

Was die ZDF-Journalistin und der deutsche Bundeskanzler hier vorführen ist reinster Rassismus und Herrenmenschendenken, mit dem Europäer seit dem Mittelalter die Welt unterwerfen wollen. Die Kreuzritter im 12. Jahrhundert, die kolonialen von Europa ausgehenden Eroberungszüge in Asien, Afrika, Lateinamerika. Die Vernichtung der «Red Indians», der Ersten Nation, die von europäischen Siedlern ermordet wurden, um auf deren Land die Vereinigten Staaten von Amerika zu errichten. Immer ging es um Ausbeutung der Rohstoffe der Länder, Ausbeutung der Arbeitskraft der Menschen, die in ihren Ländern Kultur, Zivilisation und Regierungsführung nach ihren Vorstellungen entwickelt hatten. Immer ging es um Kontrolle von Häfen, Seewegen und dem, was heute «Transportkorridor» genannt wird.

Und immer hielten sich die europäischen Herrenmenschen für die Krönung der Schöpfung, die allen anderen überlegen und zur Führung der Welt bestimmt waren. Auf den Punkt brachten es die USA mit der Selbstdarstellung, eine aussergewöhnliche, «unverzichtbare Nation» zu sein. «Die Stadt auf dem Hügel, die «das Licht der Freiheit ausstrahlt und die Welt erleuchtet» oder wie die ehemalige US-Aussenminister Madelaine Albright in einem Interview (NBV TV, 19.2.1998) erklärte: «Wenn wir Gewalt einsetzen müssen, dann weil wir Amerika sind. Wir sind die unverzichtbare Nation. Wir stehen aufrecht. Wir sehen weiter in die Zukunft.» (Madeleine Albright, NBV TV Interview, 19. Februar 1998)

Und nun also der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz und die Journalistin Diana Zimmermann, die den Zuschauern des ZDF an diesem Tag die Welt erklären. Der völkerrechtswidrige nicht provozierte Krieg Israels gegen Iran sei eine «Drecksarbeit», Regierung und Land Iran ein «Störfaktor», Deutschland werde von Iran bedroht, auch durch die (libanesischen) Hisbollah und die (palästinensische) Hamas, die mit «diesem Mullah-Regime ... Tod und Zerstörung über die Welt gebracht» haben sollen, «mit Anschlägen, Mord und Totschlag». Und dann wird «grösster Respekt» für die israelische Armee und Staatsführung gezollt, dass sie diese «Drecksarbeit» erledigen würden, weil sonst der «Terror dieses Regimes ... möglicherweise noch mit einer Atomwaffe in der Hand» Jahrelang weitergegangen wäre.

Was beide Akteure dieser Propaganda-Show – der deutsche Bundeskanzler und die ZDF-Journalistin – sicherlich wissen, aber nicht sagen, ist, dass der Internationale Strafgerichtshof gegen den Staat Israel, Regierung und Armee wegen Völkermord an den Palästinensern ermittelt. Die UN-Vollversammlung hat mit der Mehrheit der dort versammelten Mitgliedsstaaten Israel mehr als einmal aufgefordert, die seit 1967 besetzten palästinensischen Territorien freizugeben und beschlagnahmtes Eigentum zurückzugeben.

Hamas und Hisbollah entstanden als politische und bewaffnete Befreiungsorganisationen in ihren – politisch und militärisch schwachen – Ländern im Widerstand gegen die israelische Besatzung und im Übrigen sind alle Staaten der Region UN-Mitgliedsstaaten, die die UN-Charta unterschrieben haben. Jeder Mann, jede Frau, jedes Kind in den von Israel seit 1948 angegriffenen Ländern der Region haben die gleichen Rechte, wie diejenigen in Europa und den USA, die meinen, mit Israels «Drecksarbeit» diese «menschlichen Tiere» (Yoav Gallant) beseitigen und sich deren Land aneignen zu können. Jedes Kind in Gaza, jede Arbeiterin im Iran, jeder Bauer im Libanon hat gemäss der UN-Charta die gleichen Rechte wie Friedrich Merz oder Diana Zimmermann.

Dieses Zimmermann/Merz-Team propagiert eine Strategie der Vorherrschaft, wie sie in den USA, EU und in der NATO allgegenwärtig ist. Diese Strategie basiert auf Rassismus und weissem Vorherrschaftsdenken (white supremacy), sie ist die treibende Kraft des kolonialen US/EU/NATO-Imperialismus, der Kriege braucht, um seine Dominanz weltweit durchzusetzen. «Die Vorherrschaftsstrategie ist tief im kulturellen Erbe der NATO- und EU-Länder verankert», heisst es in einem Artikel über die «Weltweite Vorherrschaft des Westens» in der Schweizer Zeitung «Zeit-Fragen».

Die Kriegführenden Parteien Israel und Iran haben Merz verstanden. Die israelische Botschaft in Berlin bedankte sich für «moralische Klarheit».



Das iranische Aussenministerium in Teheran bestellt den deutschen Botschafter ein.

Und wer zieht um das Bundeskanzleramt und die gläsernen Medienstudios in Berlin eine Rote Linie, wie es in London, Den Haag und Brüssel geschah?

Müssen die Länder und Gesellschaften, die mit US- und deutschen Waffen und Geld durch Israel verwüstet werden, davon ausgehen, dass sich die Nachfahren von Karl Marx, Hannah Arendt und Albert Einstein in der kolonialen Lebens- und Denkweise der «weissen Vorherrschaft» eingerichtet haben?!

Quelle: <https://globalbridge.ch/sagen-wo-es-lang-geht-mit-dem-deutschen-bundeskanzler/>

Für diesen Artikel wurde am 20. Juni 2025 die Kopierlaubnis von der Globalbridge Redaktion für eine Veröffentlichung in einem FIGU-Zeitzeichen erteilt.

Gebildet aber obrigkeitshörig?

Von FREIGEIST, Juni 19

Das Phänomen, dass bestens ausgebildete Menschen mit Abitur/Matura oder Studium zur Echokammer des Fernsehschalters mutieren, fällt besonders seit der massiven Fake-Propaganda der letzten Jahre auf.

Immer mehr vermeintlich «gebildete» Menschen plappern einfach das nach, was ihnen in den Nachrichten oder von der Politik vorgelegt wird. Ohne Hinterfragen. Ohne Eigenrecherche.

Sie wirken angepasst, ja fast unterwürfig – als hätte Bildung nichts mit kritischem Denken zu tun. Fast scheint es, je grandioser die Mainstream-Lüge, desto eifriger wird sie von diesen Mitbürgern verteidigt. Aluhutträger behaupten, es hätte möglicherweise mit den Folgen der Vergiftung durch die Gentherapie zu tun. Es liegen ja immerhin Forschungsergebnisse vor, dass dadurch mehr und mehr die Zirbeldrüse aufgelöst wird, welche ja bekanntlich die Anbindung an die höhere Weisheit und Wahrheit bewirkt.

Die Wahrheitssucher und Aufgewachten abseits vom System

Es gibt sie noch: Menschen, die hinterfragen. Die sich unabhängig informieren. Die gewissenhafte Recherche betreiben und nicht jeden Bissen schlucken, den die Propagandamaschine vorsetzt. Die Dinge laut aussprechen, selbst wenn es unbequem wird. Und genau diese Menschen sind oft deutlich informierter, wacher und selbstbewusster als jene, die sich für «intellektuell überlegen» halten.

Bildung heisst nicht, Fakten auswendig zu kennen. Bildung heisst, sich eine eigene Meinung zu bilden – auf Basis echter Informationen, nicht vorgekaufter Narrative.
Ein hochinteressantes Video bringt es auf den Punkt



Quelle: <https://www.unser-mittleuropa.com/169977>

Es geht um alles – nicht nur für den Iran

von René Zittlau 18.06.2025 – übernommen von voicefromrussia.ch, 19. Juni 2025

Die Welt rast auf einen Abgrund zu. Die USA scheinen unter Trump noch stärker als unter Biden ihre eigenen Probleme nicht unter Kontrolle zu bekommen. Ein friedliches Zusammenleben mit anderen scheint zum entrückten Weltbild zu werden.



Auf dem Flight-Radar kann man sehen, dass zum kritischen Zeitpunkt ein Betankungsflugzeug der Deutschen Bundeswehr über dem Territorium von Jordanien unterwegs war. Was hat die Deutsche Bundeswehr hier zu suchen?

(Red.) René Zittlau analysiert den Stellvertreter-Krieg Israels gegen den Iran punktgenau: Gewalttätiger Griff zur Weltherrschaft. «Als Europa dieses Prinzip der Macht des Stärkeren einst überwand, schrieb man das Jahr 1648. Nach 30 Jahren Krieg kam man endlich zur Einsicht. Der Westen, der sich aus dem Europa des Westfälischen Friedens entwickelte, befindet sich angesichts der Realitäten des Jahres 2025 in einer Phase der politischen und kulturellen Degeneration, also des Verfalls, der Zurückbildung, der Entartung. Wenn das Faustrecht, die Macht des Stärkeren wieder zur bestimmenden politischen Agenda zu werden scheint, dann befinden wir uns erneut auf dem Niveau des späten Mittelalters. Was erwartet uns dann als Nächstes?» Besser kann man das nicht sagen. (am)

Einleitung

Sollte die Menschheit die Krise überleben, die mit dem Überfall Israels und der USA auf den Iran angebrochen ist und die weit über den Iran und Israel hinaus das Geschehen in der Welt zu beeinflussen droht, so werden dereinst Historiker und Lehrer ihren Studenten und Schülern erklären, dass am Freitag, dem 13. Juni 2025 die nach dem zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Nachkriegsordnung – das vielzitierte sogenannte Völkerrecht – endgültig aufhörte zu existieren.

Diese durch die Charta der Vereinten Nationen begründete und in der Folge durch eine Unzahl von internationalen Verträgen schriftlich definierte Ordnung basiert auf einem mühsam errungenen Mindestmass an Vertrauen zwischen den Staaten. Durch Rechtsbrüche und Kriege wurde sie immer wieder auf die Probe gestellt. Doch wohl nie zuvor seit 1945 wurde die Welt so demonstrativ, arrogant und so vorsätzlich belogen, wie es Israel in Person seines Ministerpräsidenten Netanjahu und die USA in Person ihres Präsidenten Trump am 13. Juni 2025 taten. Als «Staatsmänner» erklärten sie der Weltöffentlichkeit allen Ernstes, sie mussten den Iran präventiv angreifen, um Israel zu schützen. Iran, ein Land, das seit Ewigkeiten kein anderes Land angegriffen hat und auf eine offensive Kriegsführung überhaupt nicht ausgerichtet ist.

Ausserhalb der G7 sowie der zu ihrem Dunstkreis gehörenden abhängigen Staaten haben die USA mit diesem Vorgehen sämtlichen politischen Kredit verspielt, allen voran beim Iran, China und Russland, aber auch zum Beispiel bei Pakistan oder grossen Teilen Afrikas. Es ist nicht absehbar, wie massiv die politischen Verwerfungen weltweit ausfallen werden durch diese Demaskierung der hegemonialen Interessen der USA und seiner Vasallen live und in Echtzeit.

Der Krieg Israels gegen den Iran kann lange dauern. Er wird die Welt in einer Weise spalten, die wir uns heute nicht einzugestehen vermögen.

Das Weisse Haus ist politisch nackt

Von Israel ist die Weltöffentlichkeit inzwischen seit Jahren auf die bewusste Verdrehung von Tatsachen beruhende Lügen gewohnt. Die unverhohlenen Lügen des amerikanischen Präsidenten im Zusammenhang mit dem durch Israel begonnenen Krieg gegen den Iran haben allerdings eine bisher so nicht gekannte Qualität. Seine Verhöhnung der vorsätzlichen Morden zum Opfer gefallenen iranischen Wissenschaftler und Politiker wird das politische Zusammenleben der Völker verändern. Seine narzisstische Persönlichkeit liess den US-Präsidenten einfach nicht abseitsstehen, als der israelische Ministerpräsident seine vermeintlichen Siegesmeldungen am 13. Juni 2025 verkündete. Er konnte einfach nicht anders, als der Welt mitzuteilen: Ja, aber ohne uns war das nicht möglich.

Der Westen gegen den Iran

Damit war der allen aufmerksamen Beobachtern seit langem und sattem bekannte Geist aus der Flasche – die USA waren direkt an der Planung und Durchführung des israelischen Angriffs auf den Iran beteiligt. Sie lieferten Tage vor dem Angriff die Hellfire-Raketen, mit denen die iranischen Wissenschaftler exekutiert wurden.



Hellfire Rakete – links: Ergebnis; rechts: Hellfire Rakete

Sie lieferten Geheimdienstinformationen. Sie betankten die israelischen Bomber über Syrien, was für sich allein eine massive Verletzung des Völkerrechts darstellt. Wie man hört, ist inzwischen auch der deutsche Kriegsgeist erwacht, so dass die deutsche Regierung ebenfalls seine Flugzeuge schickt.

Die USA waren und sind auch massgeblich an der Detektierung und Identifizierung der vom Iran als Antwort auf Israel abgefeuerten Raketen und Drohnen beteiligt.

Die folgende Karte zeigt die unter US-Kontrolle stehenden Radarstützpunkte im Nahen Osten. Israel ist ohne die USA überhaupt nicht in der Lage ist, den Iran «zu sehen».



Doch die Beteiligung der USA endet hier nicht. US-Kampfflugzeuge sind aktiv beteiligt an der Bekämpfung von iranischen Drohnen und Raketen. Das erfolgt nicht im israelischen Luftraum, sondern am Himmel vom Irak, Syrien und Jordanien. Dabei helfen ihnen nach Kräften ihre NATO-Kollegen aus Grossbritannien und Frankreich.

Vor der Küste Israels nimmt sich dieser Aufgabe der US-Zerstörer USS Thomas Hudner an, der zu diesem Zweck kurzfristig aus dem westlichen Mittelmeer dorthin beordert wurde.

Die offene Unterstützung des Krieges Israels gegen den Iran durch den Westen geht also weit über das in der Ukraine «übliche» Mass hinaus.

Auch an der diplomatischen Front fällt auf, dass die NATO-Staaten abgestimmt auftreten. Frankreich, Grossbritannien und Deutschland veröffentlichten eine praktisch wortgleiche Verurteilung – nicht des israelischen Angriffs auf Iran, sondern der Verteidigung des Iran gegen den Angriff.

Der Westen hilft Israel auch auf andere Weise. In Erwartung heftiger iranischer Reaktionen verlegte Israel seine zivilen Flugzeuge nach Zypern und Militärflugzeuge auf einen britischen Luftwaffenstützpunkt auf Zypern.

Die genaue Beobachtung von Einzelheiten bei der Unterstützung Israels offenbart jedoch auch für den Ukraine-Konflikt bedeutsame Tatsachen.

Der in den letzten Tagen öffentlich gemachte Abzug von US-Luftabwehrsystemen vom Typ «Patriot» aus der Ukraine nach Israel belegt auf seine Weise, dass die Ukraine für die USA nur ein Mittel zum Zweck im unerklärten Krieg gegen Russland darstellt. Er zeigt auch, dass die Ukraine ganz offensichtlich keinerlei Souveränität über ihr vom Westen gelieferte Waffen besitzt. Nur der, der die Kontrolle hat, der die Fäden in den Händen hält, kann nach Belieben für das Kriegsgeschehen relevante Waffensysteme abziehen.

Die IAEA – eine Aussenstelle von NATO, CIA und MI-6

Die Internationale Atomenergie Organisation (IAEA) ist eine Spezialorganisation der UNO. Sie setzt sich laut Statut für eine friedliche und sichere Nutzung der Kernenergie ein und schuf dafür die international gültigen Standards. Leider hat sie wie so gut wie alle UNO-Unterorganisationen und auch die internationalen Sportorganisationen – zum Beispiel IOC, FIFA – wie Organisationen wie die OSZE auch eine andere, dunkle Seite. Denn alle diese Organisationen wurden vom Westen unterwandert und so zu einem Spielball desselben in seinem unstillbaren Bestreben nach unipolarer Weltherrschaft.

Das Wirken der IAEA in Bezug auf den Iran erinnert eher an die Mafia als an eine einst seriöse internationale Organisation. Seine Offenheit ihr gegenüber und gegenüber ihren Inspektoren musste der Iran erneut sehr teuer bezahlen.

Im Licht der Ereignisse stellt sich die Iran-Resolution der IAEA vom 12. Juni 2025 dar wie ein von der NATO und Israel bestelltes Dokument. Es bezichtigt den Iran, vorsätzlich gegen Vereinbarungen mit der IAEA verstossen zu haben. Praktisch hatte der Iran nicht einmal Zeit, auf die Vorhaltungen in einer angemessenen Zeit zu reagieren. Hinzu kommt, dass sich der Iran in der Atomfrage einen entscheidenden Durchbruch bei den für den 15. Juni 2025 mit den USA im Oman geplanten Verhandlungen versprach. Dazu erklärte er vorab öffentlich seine Bereitschaft, auf praktisch alle an ihn gestellten Forderungen einzugehen.

Doch diese geplanten Verhandlungen nutzten die USA als Tarnung für ihre mit Israel für den 12. Juni 2025 gegen den Iran losgetretene Aggression.

Und noch ein Detail ist erschreckend: Der iranische Geheimdienst machte wenige Tage vor dem Angriff öffentlich, dass er brisante Dokumente zum israelischen Atomprogramm erbeutet hatte. In den Dokumenten fanden die Iraner die persönlichen Daten der iranischen Atomwissenschaftler, die am 12. Juni 2025 von Israel mit z.B. Hellfire-Raketen ermordet wurden und die Teilnehmer der iranischen Delegation am 15. Juni 2025 in Oman sein sollten.

In den erbeuteten Dokumenten ist festgehalten, dass Israel diese Daten von der IAEA erhalten hatte – Daten, die zum unmittelbaren Tod der Wissenschaftler führten. <https://www.youtube.com/watch?v=9L-A8bx8-X0> (ab Minute 16.50)

Warum eskalieren Israel und die USA gerade jetzt?

Die Vorbereitungen des Überfalls auf den Iran waren langfristig, wie die israelischen Offiziellen bereitwillig zugaben. Der Angriffstermin war somit nicht zufällig.

Angesichts der geplanten Atom-Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran im Oman waren die Iraner offenbar vom guten Willen der Amerikaner überzeugt. Sie rechneten zwar mit einem möglichen israelischen militärischen Angriff, doch NACH den Verhandlungen. Und sie rechneten vor allem nicht mit einem Angriff aus dem Innern des eigenen Landes.

Eines der grossen Ziele Israels war und ist es, die USA in den Krieg mit dem Iran hineinzuziehen. Denn ohne die USA ist Israel nicht in der Lage, den Iran konventionell zu besiegen.

Die folgenden Fakten machen deutlich, dass die USA tief in die Planung des Angriffs eingebunden sein mussten. Denn um den Iran bezüglich seiner Atomforschung «zur Verantwortung zu ziehen», musste ein Konflikt bis zum Oktober 2025 provoziert werden. Denn im Oktober 2025 läuft der Vertrag zwischen der IAEA und dem Iran aus. Nach dem Auslaufen ist der Iran frei zu tun, was immer er für richtig hält.

Ein weiterer für den Kriegstermin wichtiger Punkt ist die Tatsache, dass die USA bereits im September 2025 entsprechend eines Vertrages mit der irakischen Regierung die Kontrolle über den irakischen Luftraum verlieren. Ohne diese Kontrolle hätte Israel völlig anders planen müssen.

Doch das sind taktische Überlegungen vor dem grossen strategischen Ziel.

Der Iran ist ein Schlüsselstaat der BRICS. Und BRICS selbst stellt für den gesamten Westen ökonomisch, gesellschaftlich und politisch eine gewaltige Herausforderung dar. In praktisch allen Schlüsselparametern ist diese Staatengruppe dem Westen überlegen. Hinzu kommt die enge Verflechtung der BRICS mit der OPEC und auch den afrikanischen und asiatischen Staaten.

In den letzten Monaten gab es seitens des Westens immer wieder Bestrebungen, das eine oder andere BRICS-Mitglied zu umgarnen oder unter Druck zu setzen. Der kürzliche Konflikt zwischen Pakistan und Indien weist ebenfalls diesbezügliche Aspekte auf.

Israel und die USA wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Regimechange würde die gewünschte westliche Ordnung im Nahen Osten wiederherstellen einschliesslich des langgehegten Zugangs zu den iranischen Bodenschätzen. Gleichzeitig wäre das ein empfindlicher Schlag gegen die BRICS-Gruppe.

Eine Lehre für Russland

Die Art und Weise des Verrats der USA gegenüber dem Iran dürfte Russland äusserst aufmerksam verfolgt haben. Dieses Vorgehen wird auch dem letzten Zweifler in der russischen Politik die Augen geöffnet haben über Donald Trump und das Wesen der amerikanischen Avancen gegenüber Russland.

Ein Herausbrechen des Iran aus BRICS würde Russland vor erhebliche Probleme stellen. Der angestrebte Nord-Süd-Transportkorridor vom Norden Russlands über Aserbaidschan, Iran nach Indien ist ohne den Iran nicht realisierbar.

China verliert ohne den Iran seinen derzeit grössten Erdgaslieferanten. Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass Israel im Iran gerade das weltweit grösste Gasfeld in Brand setzte.

Ohne den Iran verliert BRICS seine innere Statik.

Das eigentliche Ziel des Angriffs ist also nicht der Iran, es ist BRICS. Das wird auch in Moskau und Peking zu entsprechenden Überlegungen und Entscheidungen führen.

Es wird ein Ringen der Giganten – der Westen gegen BRICS einschliesslich des globalen Südens. Die ökonomischen Kennziffern sprechen für BRICS, was einen waidwunden Westen durchaus zum letzten Mittel greifen lassen könnte – zur Atombombe.

Wie wird der Iran reagieren?

Die Geschichte der Beziehungen mit dem Westen ist für den Iran lang und schmerzvoll. Nicht nur einmal haben Grossbritannien und die USA gewaltsam den Lauf der Geschichte des rohstoffreichen Landes geändert oder dies versucht. Der westliche Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung Mossadegh im Jahre 1953 hat Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Iran hat also guten Grund, den Angeboten des Westens zu misstrauen, zumal die Wahl zwischen Pest und Cholera zu treffen ist, zwischen Kapitulation mit Regimechange oder ökonomischer Unterwerfung. Wobei letztere Möglichkeit den Regimechange impliziert.

Die Ereignisse der letzten Stunden und Tage werden den Iran möglicherweise dazu motivieren, nun doch eine Atombombe zu bauen. Das ist keine Bestätigung des Westens, sondern eine schmerzliche Lehre. Denn angesichts einer iranischen Atombombe hätten Israel und die USA den Angriff auf den Iran nicht gewagt. Professor Marandi von der Teheraner Universität verweist in einem Interview auf die iranische Geschichte. Iran war in schwierigen Etappen seiner Geschichte nicht abhängig von einzelnen Personen. Es gab immer wieder Anschläge von aussen auf führende Politiker und Militärkommandeure mit dem Ziel, die Entwicklung des Landes zu ändern. Im Irak-Krieg wurde der Präsident getötet, dann der Ministerpräsident und viele Militärkommandeure, ohne dass die mit den Morden verbundenen Ziele erreicht wurden.

Nach seiner Wahrnehmung stellen sich die Iraner trotz aller Probleme klar hinter die Führung des Landes. «Das Land ist geeint in einer Weise, wie ich es nie zuvor gesehen habe.»

Und so kommt er zu dem Schluss:

«Wir müssen sicherstellen, dass dies ein Fehler war und dass so etwas nie wieder geschieht. Die Beziehungen des Iran zum Westen werden sich grundlegend ändern.»

Ausblick

Die Zerstörung der internationalen Ordnung, die Zerstörung des Völkerrechts ist in vollem Gange. Wenn es kein Vertrauen mehr gibt, wenn Verträge, Recht und Gesetz nichts mehr gelten, dann kommt das einer Rückkehr zum Faustrecht gleich. Einer Rückkehr der Macht des Stärkeren.

Als Europa dieses Prinzip der Macht des Stärkeren einst überwand, schrieb man das Jahr 1648. Nach 30 Jahren Krieg kam man endlich zur Einsicht.

Der Westen, der sich aus dem Europa des Westfälischen Friedens entwickelte, befindet sich angesichts der Realitäten des Jahres 2025 in einer Phase der politischen und kulturellen Degeneration, also des Verfalls, der Zurückbildung, der Entartung. Wenn das Faustrecht, die Macht des Stärkeren wieder zur bestimmenden politischen Agenda zu werden scheint, dann befinden wir uns erneut auf dem Niveau des späten Mittelalters. Was erwartet uns dann als Nächstes?

Quelle: Stimme aus Russland

<https://voicefromrussia.ch/es-geht-um-alles-nicht-nur-fur-den-iran/>

Mit freundlicher Genehmigung übernommen.

Quelle: <https://seniora.org/politik-wirtschaft/iran/es-geht-um-alles-nicht-nur-fuer-den-iran>

Der europäische Garten am Rande des Ruins Indem sie auf Krieg bestehen, verurteilen die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht nur die Ukraine zum Zerfall, sondern beschleunigen auch den strukturellen Niedergang des Kontinents selbst.

Lucas Leiroz

Der Krieg in der Ukraine tritt in eine kritische Phase – nicht nur für Kiew, sondern auch für ein Europa, das, getäuscht durch bedeutungslose Slogans und unrealistische Versprechungen, sich an einem geopolitischen Abgrund wiederfindet. Die europäischen Staats- und Regierungschefs ignorieren die deutlichen Anzeichen für die militärische und gesellschaftliche Erschöpfung der Ukraine und beharren auf einer selbstmörderischen Eskalation der Militarisierung, die den Zusammenbruch der Ukraine nicht verhindert, sondern den Kontinent in eine wirtschaftliche, politische und strategische Abwärtsspirale zieht.

Die Pattsituation verschärfte sich, als die USA Anzeichen von Ermüdung und den Wunsch zeigten, den Konflikt zu beenden. Washington drängt nun auf eine Verhandlungslösung, während Brüssel darauf besteht, Selensky über Wasser zu halten, und keine echten Lösungen, sondern falsche Hoffnungen in Form von vorübergehenden Waffenstillständen und neuen Waffenlieferungen anbietet. Das Ziel ist offensichtlich: Zeit gewinnen, in der Hoffnung, Washingtons alten Kriegshunger wieder zu wecken. Das ist eine gefährliche – und grundlegend unrealistische – Kalkulation.

Die Wahrheit ist, dass die Ukraine strategisch keine Luft mehr hat. Seit der gescheiterten Gegenoffensive von 2023 ist das Land in eine tiefe Krise der Moral, des Zusammenhalts und der Kampfkraft gestürzt. Die Situation ähnelt nun der der Zweiten Spanischen Republik nach ihrer Niederlage am Ebro 1938: Das Ende ist in Sicht, und die Fortsetzung des Krieges dient nur dazu, das Leiden zu verlängern. Selensky selbst, mittlerweile ein zutiefst unpopulärer Staatschef, würde bei jeder freien Wahl politisch unterliegen – in allen Umfragen liegt er durchweg hinter Militärs wie Valerij Zaluzhnyi zurück. Ein plötzlicher innerer Zusammenbruch, sei es aufgrund politischer Spaltungen, militärischer Meutereien oder ziviler Unruhen, ist ein sehr plausibles Szenario.

Ein solches Szenario würde nicht nur die Niederlage der Ukraine besiegeln, sondern auch eine katastrophale Verschiebung des europäischen Machtgleichgewichts auslösen. Moskau könnte bis nach Odessa vorrücken, weite Teile des ukrainischen Territoriums annektieren und die Grenzen der Europäischen Union erreichen. Die Folgen wären verheerend: Die NATO wäre demoralisiert, die strategische Glaubwürdigkeit Brüssels wäre zerstört und die Region dauerhaft destabilisiert.

Dennoch scheint der europäische Kontinent nicht in der Lage zu sein, seine militärische Ohnmacht anzuerkennen. Politiker wie Macron, Starmer und Kallas schlagen weiterhin unrealistische Friedenspläne vor, die auf Illusionen über die Macht Europas basieren – und ignorieren dabei die Tatsache, dass Frankreich und Grossbritannien kaum noch über minimale Einsatzkräfte verfügen. Während Russland Tausende von Panzern mobilisiert, hat Grossbritannien nur noch wenige Dutzend. Deutschland, das in einer politischen Krise steckt, kann nicht einmal mehr genug Munition in ausreichender Menge produzieren. Die europäische Rhetorik spricht von Wiederaufrüstung, aber die nationalen Haushalte erzählen eine andere Geschichte: explodierende Defizite, eine Staatsverschuldung von über 100% des BIP und eine zunehmend feindselige Bevölkerung, die nicht bereit ist, Sozialkürzungen im Namen eines Krieges ohne Zukunft zu akzeptieren.

Die Militarisierung Europas, die als Lösung verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein Symptom des Zusammenbruchs. Ohne industrielle Basis, politisches Kapital oder gesellschaftliche Unterstützung wird jeder Versuch, eine bedeutende Streitmacht wiederaufzubauen, entweder zu einer anhaltenden Rezession oder zum Abbau des Sozialstaats führen – zwei Wege, die den sogenannten «europäischen Garten» in den Ruin treiben werden. In diesem Zusammenhang ist der Krieg in der Ukraine nicht nur das Grab des atlantischen Projekts, sondern auch der Grabstein eines Europas, das seine Stabilität gegen Machtfantasien eingetauscht hat.

Der Zusammenbruch der Ukraine wird daher kein isoliertes Ereignis sein. Er wird den strategischen Zusammenbruch Europas widerspiegeln. Die Weigerung, sich der Realität zu stellen – dass eine Verhandlungslösung mit Zugeständnissen an Russland besser ist als die totale Zerstörung – bedroht nicht nur die Existenz des ukrainischen Staates, sondern stürzt Europa auch in eine existenzielle Krise. Der Kontinent, der sich einst als Hüter der liberalen internationalen Ordnung sah, verwandelt sich vor unseren Augen in einen Friedhof seiner eigenen Illusionen.

am18. Juni 2025 auf > Strategic Culture Foundation

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_06_19_dereuropaeischegarten

Israel will den Iran zerbomben Netanjahu für Mord Ali Chameneis

Autor: Uli Gellermann/Datum: 17.06.2025

Das grössenwahnsinnige Regime in Israel, das zur Zeit in einem brutalen Genozid versucht, die Palästinenser umzubringen, hat jetzt den Iran im Auge. Obwohl Israel selbst Atomwaffen besitzt und damit seine Nachbarn und den Weltfrieden bedroht, will die israelische Führung – gesichert durch die USA – seinen Hauptkonkurrenten im Nahen Osten erledigen. Der Vorwand: Iran besäße oder entwickle Atomwaffen.

Kaltschnäuzige Brutalität

Die kaltschnäuzige Brutalität des israelischen Regimes wird durch die mangelnde internationale Solidarität mit den Palästinensern befördert. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit konnte und kann der Staat Israel ungehindert die Palästinenser ausrotten. Dass er methodisch damit in die Fussstapfen der Nazis tritt, interessiert die führende Schicht in Israel nicht. Netanjahu kann sich mit seinem Mordprogramm vor der israelischen Justiz in Sicherheit bringen, macht innenpolitisch Punkte und zielt auf die territoriale Vergrösserung des Landes.

Beherrschung des Nahen Ostens im Weg

Da Netanjahu keinen wesentlichen internationalen Widerstand bei seiner Durchführung gefunden hat, nimmt er sich jetzt seinen wichtigsten aussenpolitischen Gegner vor: Den Iran. Dieses Land ist ihm bei der Beherrschung des Nahen Ostens im Weg. Seit 1958 entwickelte Israel mit französischer Hilfe ein eigenes Atom-Programm. Die arabischen und iranischen Nachbarn des Staates wissen, worum es den Israelis geht: Um die Beherrschung des Nahen Ostens.

Nordkoreanisches Beispiel

Der Iran ist das einzige Nachbarland Israels, das ökonomisch und technologisch in der Lage ist, ein eigenes Atom-Programm zu entwickeln. Offenkundig denkt die iranische Führung an das nordkoreanische Beispiel. Die möglichen Atomwaffen Nordkoreas sind für das Land eine Art Versicherung für die eigene Souveränität: Feinde Nordkoreas, zu ihnen gehören die USA, werden sich einen Angriff auf das Land zweimal überlegen: Er könnte eine atomare Katastrophe auslösen.

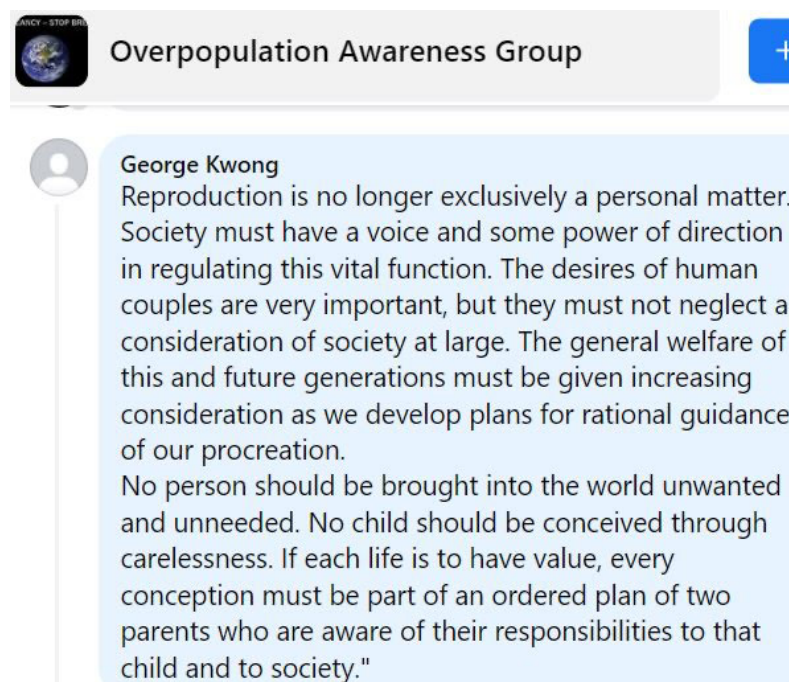
Ermordung des Konkurrenten

Schon die Möglichkeit iranischer Souveränität ist Netanjahu ein dicker Dorn im Auge: Israel will die entscheidende Macht im Nahen Osten sein und duldet keine Konkurrenz. Bei dieser Ausgangslage will die Netanjahu-Clique alles einsetzen, was denkbar ist. Eine Ermordung des führenden Konkurrenten scheint die billigste Variante zu sein. Dass im Iran ausreichend Führer auf der Reservebank sitzen, dass die iranische Bevölkerung sich bei Attacken Israels eher enger um seine Führung scharen würde, schert Netanjahu nicht: Mörder kennen nur die Gewaltvariante.

Kumpan eines Mordregimes

Wer in dieser Lage, wie Lars Klingbeil von der SPD, den Israelis die «absolute Solidarität» Deutschlands versichert, macht sich zum Kumpanen eines Mordregimes. Darüber hinaus ermuntert er jene Israelis, die gern dem Iran die atomare Karte zeigen. Dass diese blinde Solidarität zum Weltenbrand führen kann, kümmert den Sohn eines Unteroffiziers wenig. Er lebt direkt neben einem wichtigen Bundeswehrstandort. Vielleicht denkt er, dass würde ihn im Ernstfall schützen. Denken will gelernt sein. Bei der Bahnhofsmision in Hannover, bei der Klingbeil seinen Zivildienst geleistet hat, wird er strategisches Denken eher nicht gelernt haben. Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/israel-will-den-iran-zerbomben>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsförmig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



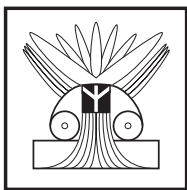
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrunen, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrunen fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrunen an bewaffne-

ten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symboles umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

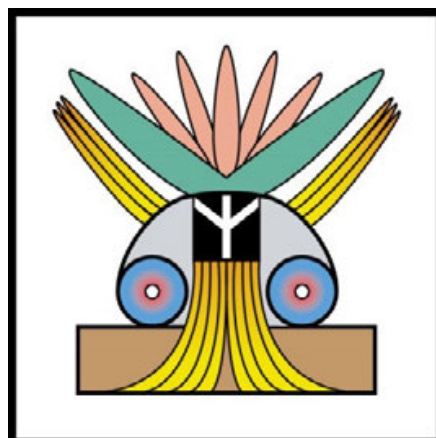
Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrune,  schafft Unfrieden, Hass und Unheil

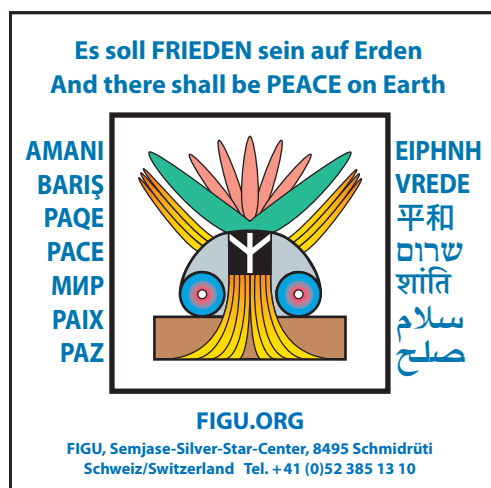
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

Einige Rechte vorbehalten.

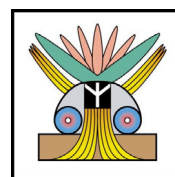
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz